Thorner  Zeitung

Begründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 22 — 1. Blatt — Sonntag, 26. Januar — 1919

Neueste Nachrichten.

Die Lage um Bromberg.

Bromberg, 25. Januar. (Dr.) Amtlich. Bandenansammlungen in Mittendorf, Eichhorst und Brühlsdorf wurden mit Artillerie beschossen. Eigene Patrouillen brachten eine Anzahl Gefangene ein. Die polnischen Banden internieren die friedlichen deutschen Bewohner von Schmiedeberg und Umgegend.

Rücktritt des Generals von Winterfeld.

Berlin, 24. Januar. (Dr) Amtlich. In der heutigen Vollsitzung in Spaa kündigte General von Winterfeld an, daß er von seinem Posten als Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission zurücktrete. Den Anlaß hierzu gab eine Mitteilung des Marschalls Foch, die von dem General Nudant verlesen wurde. Foch erklärte darin kurz, daß der Abschnitt östlich von Straßburg (der Abschnitt der neutralen Zone, die die zur Festung Straßburg gehörigen auf badischem Gebiet liegenden östlichen Forts umfaßt, jedoch östlich der Bahnlinie Frankfurt—Basel) auf Grund der Vereinbarungen bei der letzten Verlängerung des Waffenstillstandes binnen 8 Tagen vom 23. Januar 6 Uhr abends ab besetzt werden wird. General von Winterfeld erklärte sofort: Ich habe Herrn Nudant bereits in einer privaten Unterredung mitgeteilt, daß ich in der Besetzung dieses Brückenkopfes ein derartiges Zeichen von Mißtrauen gegen die Arbeit der Kommission sehen würde, daß ich an dem Tage, wo ein derartiger Befehl gegeben würde, um Ablösung von meinem Posten bitten werde. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetreten. General Nudant erwiderte: Ich kenne nicht einen der Gründe, die den Marschall Foch zu dieser Maßnahme bestimmt haben, aber ich bin nahezu sicher, daß sich diese Maßnahme in keiner Weise auf die Arbeit der Kommission gründet. Ohne den Schritt des Generals von Winterfeld einen Urteil unterziehen zu wollen, muß ich doch sagen — und zwar rein persönlich —, daß ich eine solche Entscheidung bedauern würde. Es freut mich, die vollendete Form der Beziehungen, die zwischen uns geherrscht haben, anerkennen zu können.

Die Ereignisse im Teschener Gebiet.

Prag, 24. Januar. (Drahtnachricht) Das tschechisch slowakische Preßbüro sagt über die Ereignisse im Teschener Gebiet: Die Polen vermochten keine Ordnung herzustellen Es wurde immer klarer, daß man nicht die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten konnte. Als dieser Tage eine englische Kommission nach Teschen kam und die Unhaltbarkeit der dortigen Verhältnisse erkannte, machten sie auf die Gefahr des Bolschewismus aufmerksam. Die in Prag weilenden Vertreter der Ententestreitkräfte beschlossen zur Sicherung der Ordnung im bedrohten Gebiet und zur Sicherstellung der Kohlengruben Karwiner Gebiet zu beschreiten, wobei sie eine entsprechende Proklamation erließen. Am 23. 1. traf eine Ententekommission beim Kommandanten in Teschen ein und forderte ihn auf, die polnischen Truppen zurückzuziehen. Der Oberst stimmte zu, doch die polnischen Besatzungstruppen leisteten teilweise Widerstand und erhoben die Waffen gegen die von den Ententevertretern geführten Truppen, wobei sie sich nach einem vermutlichen Auftrag des polnischen Nationalrats richteten. Trotzdem schreitet nunmehr die Aktion fort. Oderberg wurde nach kurzem Kampf besetzt, wobei ein tschechischer Soldat schwer verwundet wurde. Auf polnischer Seite gab es 3 Tote und 2 Schwerverletzte. Die Oderbergrr Besatzung bestand aus 40 Offizieren und 340 Legionären. Sie wurde entwaffnet und interniert. Abends wurde auch Dombowo besetzt, ebenso Perembo (?).

Zwischen den Wahlen.

Es ist keine Uebertreibung zu behaupten, daß das Ziel, das sich die Deutsche demokratische Partei für die Wahlen zur Nationalversammlung gesteckt hatte, voll erreicht ist. Eine sozialistische Mehrheit ist verhindert, dabei sind aber auch die reaktionären Parteien, die Konservativen vor allen Dingen in ihren landwirtschaftlichen Hochburgen so schwer geschlagen, daß die politische Reaktion in der Deutschen Nationalversammlung völlig einflußlos ist. Die Geschicke Deutschlands ruhen in der Hand der Deutschen demokratischen Partei. Die Gestaltung der neuen deutschen Verfassung wird im wesentlichen von ihrer Entschließung abhängig sein. Das Vertrauen, das die deutsche Wählerschaft der Deutschen demokratischen Partei damit ausgesprochen hat, verpflichtet. Die demokratischen Abgeordneten in der Nationalversammlung werden alle ihre Entschließungen unter dem Gesichtspunkt höchster Verantwortung zu fassen haben. Die Persönlichkeiten der gewählten Abgeordneten, Männer wie Frauen, bürgen indes dafür, daß das deutsche Volk den politischen Entscheidungen der ausschlaggebenden Partei mit Vertrauen entgegensehen darf.

Eine Enttäuschung bedeutet das Wahlergebnis trotz der entgegenstehenden Presseäußerungen für alle anderen Parteien. Das Zentrum, oder jetzt Christliche Volkspartei, hat an Mandaten durch die Zunahme der Sozialdemokratie eingebüßt. Hinzu kommt, daß das bayerische Zentrum wahrscheinlich eine eigene Fraktion bilden und daß die zweitstärkste Fraktion die demokratische sein wird. Die Deutschnationale Volkspartei, die Erbin der belasteten konservativen Politik hat, wir erwähnten es schon, in den landwirtschaftlichen Provinzen des preußischen Ostens die Wähler scharenweise, dem radikalen Zuge der Zeit folgend, zum großen Teile an die Sozialdemokratie verloren. Ganz schlecht abgeschnitten hat der Rest der ehemaligen Nationalliberalen, die Deutsche Volkspartei. Mit ihren wenig mehr als 20 Mandaten ist sie in der Nationalversammlung völlig einflußlos. Ehemalige Hochburgen, wie Hannover, hat sie verloren, die Deutsche demokratische Partei schickt sich an, dort ihre Erbschaft anzutreten.

Die Sozialdemokratie, die sich in den Maientagen der Revolution in der Hoffnung gewiegt hatte, die Mehrheit in der Nationalversammlung zu erringen, ist für sich allein, trotz ihrer hohen Mandats- und Wählerziffer, einflußlos. Wenn wir heute im „Vorwärts“ lesen, daß die Wahlen zu der Hoffnung berechtigen, daß der noch in diesem Jahre zu wählende erste Reichstag der Republik eine sozialdemokratische Mehrheit haben werde, so kann man über einen derartigen Satz nur lächeln. Die Sozialdemokratie wird im Gegenteil in absehbarer Zeit niemals wieder die Mandats- und Wählerziffer vom Januar 19[illegible] erreichen. Es handelt sich nur darum, wer die Massen ihrer ländlichen Mitläufer bei den ersten ordentlichen Reichstagswahlen gewinnen wird, die Deutsche demokratische Partei oder die Deutschnationale Volkspartei. Die guten Teilerfolge, die wir schon dieses Mal auf dem Lande davongetragen haben, berechtigen uns zu der Hoffnung, daß eine kluge demokratische Agitation ungeahntes Neuland für unsere Partei erschließen wird. Auf jeden Fall muß es die Aufgabe unserer politischen Arbeit sein, ein Zurückfluten der ländlichen Wählermassen in die Deutschnationale Volkspartei zu verhindern.

Erwähnen wir schließlich noch, daß das Wahlergebnis für die Unabhängige Sozialdemokratie im umgekehrten Verhältnis zu deren Ansprüchen steht, so wäre das Bild der deutschen Nationalwahlen im wesentlichen gezeichnet. Die Siegeshymnen der rechtsstehenden Blätter über die reaktionären Teilerfolge in Groß-Berlin können uns kalt lassen. Listenverbindung und radikal-sozialistischer Unverstand haben ihnen hier einige Augenblickserfolge eingebracht.

Alles in allem: Das deutsche Volk darf mit Befriedigung auf die Wahl zur deutschen Nationalversammlung zurückblicken. Neue wichtige Wahlen stehen bereits wieder bevor: diejenige zur preußischen Nationalversammlung. Auch am 26. Januar wird es gelingen, der Deutschen demokratischen Partei dieselbe einflußreiche und ausschlaggebende Stellung wie am 19. Januar zu erringen!

Wer am letzten Sonntag die Wähler beobachtet hat, die an den Wahllokalen warteten, der staunte über die ungeheure Beteiligung des weiblichen Teiles der Bevölkerung. Frauen aller Altersstufen waren zur Wahlurne gekommen, sogar die ganz alten, um ihrer Bürgerinnenpflicht zu genügen. Die Statistik wird den Beweis erbringen, daß die Frauen viel leichter Politik gelernt haben, als die Männer, von denen 1871, als zum ersten Male nach dem gleichen geheimen und direkten Wahlrecht für den Reichstag gewählt wurde, nur 51 v. H., gerade die Hälfte, zur Wahlurne kamen.

Die außergewöhnlichen Verhältnisse, unter denen wir augenblicklich leben, bringt es mit sich, daß gerade eine Woche nach der ersten bedeutsamen Wahl, an der sich die Frauen beteiligen konnten, die zweite wichtige Wahl stattfindet, die Wahl zur Preußischen Landesversammlung. In Süddeutschland sind die Landesversammlungen bereits gewählt worden unter sehr starker Beteiligung der Frauen.

Die früheren friedlichen Zeiten mit ihrem geregelten Geschäftsgang, ihrer stillen, oft fast mechanisch anmutenden Gesetzgebungsart haben es mit sich gebracht, daß die Frauen sich nicht sehr klar sind, über die Funktionen des früheren preußischen Abgeordnetenhauses, über die Gebiete, di der gesetzgeberischen Tätigkeit der Landesversammlung vorbehalten sind. Heute muß auch die Frau wissen, wie hier die Trennungslinie verläuft, welche Aufgaben die Versammlung zu erfüllen hat, für die am 26. Januar die Wahl vorgenommen wird. Was die Nationalversammlung zu leisten hat, deren Wahlen hinter uns liegen, ist ja in ihrem Namen schon bestimmt: Sie ist die verfassunggebende Versammlung. — Die neue preußische Landesversammlung, zu der wir jetzt die Frauen aufrufen, hat sich auch mit Verfassungsfragen zu beschäftigen; denn durch den Umsturz der monarchischen Verfassung Preußens ergibt sich die Notwendigkeit eines Aufbaues Preußens innerhalb der demokratischen deutszen Republik. Außerdem werden dieser neuen Volksvertretung ganz besonders wichtige Aufgaben zufallen und gerade solche, an deren Lösung die Frauen besonders stark bteeiligt sind. Nach den bisherigen Beschlüssen der Reichsregierung wird die Regelung der Frage des zukünftigen Verhältnisses zwischen Staat und Kirche zum guten Teil den Landesregierungen zufallen, bei uns also der Körperschaft, die wir am Sonntag wählen. Wie wichtig diese Frage ist, wie sehr sie in das Leben des einzelnen eingreift, wie stark sie den künftigen Bau der Familie bestimmen wird, dies ist wohl jedem klar, der einigermaßen aufmerksam den Verhandlungen und Ideen gefolgt ist, mit denen für die demokratische Partei des neuen Deutschen Reiches geworben wurde. Wir deutschen Demokraten haben unsere Stellung zu dieser Frage deutlich und eindeutig festgestellt und die deutschen Frauen können sicher sein, daß bei den deutsch-demokratischen Vertretern des künftigen Preußischen Landtages das Wohl der Kirche, der Kirche aller Konfessionen, gut aufgehoben ist; wenn nicht die neue Reichsverfassung eine andere Einteilung der Kompetenzen vornimmt, bleibt der Landesversammlung die Entscheidung über die Kulturaufgaben in Preußen, Fragen der Bildung, des Unterrichts, Fragen über Kunst und Wissenschaft. Was der Staat Preußen vor der Revolution auf diesem Gebiete geleistet hat, war zum Teil ausgezeichnet, zum Teil aber dringend der Reform bedürftig, einer Reform, die wir von den rechtsstehenden Parteien nie hätten erreichen können. Daß die Sozialdemokratie, wenn man auch ihren guten Willen in vielen dieser Dinge anerkennen muß, nicht die Fähigkeit hat, hier in wirklich demokratischem Sinne zu entscheiden, das haben die letzten Monate gelehrt.

Gerade diese Kulturfragen sind von jeher diejenigen gewesen, für die Demokratie die Kreise, die ihr schon immer angehören und die sich um sie geschart haben, ihre Kraft eingesetzt hat in dem Sinne, daß sie für jeden Menschen ein möglichst großes Maß von innerer Befriedigung und äußerem Glück aller Staatsbürger liegt der Demokratie am Herzen: Nicht nur in dem Sinne eines materiellen Glückes, wie es viele Andersgesinnte als ihr Ziel verfolgen, vielmehr in dem Sinne einer Verinnerlichung des Menschen, einer Steigerung seines inneren Wertes zur Aufnahme und Verbreitung deutscher Kulturgüter. Der wahre Demokrat ist der beste Deutsche. Das glauben wir mit gutem Gewissen sagen zu dürfen. Und die Frauen, denen an einem solchen Glück gelegen ist, dürfen nicht versäumen, bei den Wahlen zur Preußischen Landesversammlung für die Deutsche demokratische Partei einzutreten.

Eines gilt es ganz besonders: Dafür zu arbeiten, daß die Bestrebungen, nach Lostrennung von Preußen, die in einigen Landesteilen immer stärker auftreten, zunichte gemacht werden, daß wir für jeden Fuß breit unseres angestammten Landes kämpfen und nichts verloren gehen lassen, weder an andere Nationen, noch an Sonderstaaten. Nur eine innere Erstarkung, die eine solche Zusammenfassung der Kräfte zur Voraussetzung hat, kann uns die Kraft dazu geben. Und Frauen sind, das ist unsere Ueberzeugung, besonders geeignet und geneigt, hier helfend mitzuwirken. Wer in der Nationalversammlung für die Durchsetzung dieser echt demokratischen Gedanken kämpft, der baut die Heimat neu auf und wir Wähler müssen uns sagen, daß es durch unsere Beteiligung an der Wahl unsere Arbeit und unsere Pflicht ist, den deutschen Demokraten zum Siege zu verhelfen.

Das preußische Staatsministerium gegen die Aufteilung Preußens.

Berlin, 24. Januar. (Drahtnachricht.) In den Sitzungen des Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik am 23. und 24. wurde einem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Einrichtung von Kraftfahrzeuglinien, sowie einem Entwurf einer Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung nach längerer Beratung zugestimmt.

Der Zentralrat beschloß, zum Begräbnis des Genossen Liebknecht einige Mitglieder als seine Vertreter zu entsenden.

In einer Sitzung des Zentralrats mit dem preußischen Staatsministerium wurde u. a. über den Ort der Nationalversammlung und über die in dem ursprünglichen Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Dr. Preuß eine vorgeschlagene Aufteilung Preußens beraten, wobei es sich zeigte, daß das preußische Staatsministerium einmütig gegen die Aufteilung Preußens ist.

Von der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 22. Januar. Aus der Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 21. 1. ist u. a. mitzuteilen:

Der Vorsitzende der französischen Kommission gibt bekannt, die Entente beabsichtige, täglich 3000 Tonnen Lebensmittel über Danzig nach Polen zu senden, und sie wünsche von der deutschen Regierung Garantie für die Sicherheit der Transporte von Danzig bis zur polnischen Grenze. Der deutsche Vorsitzende hält die Transporte ohne Einwirkung der Alliierten auf die Polen für undurchführbar, da bei dem bekannten Verhalten der Polen nicht zu übersehen sei, wie die deutsche Regierung die Lebensmittelzufuhren sichern soll.

Die belgische Heeresleitung hat von den staatlichen Kassen im besetzten linksrheinischen Gebiet die Auslieferung der Ueberschüsse verlangt. Gegen dese Forderung erhebt die Deutsche Waffenstillstandskommission Einspruch. Sie erklärt, für die besetzten Gebiete gelte nicht das Haager Landkriegsrecht, sondern der Waffenstillstandsvertrag, nach welchem die Verwaltung dieser Gebiete der deutschen oder preußischen Staatsgewalt obliegt. Die belgische Heeresletung könne zwar von den staatlchen Kassen Nachweise über die Einnahmen und Ausgaben sowe über die Bestände fordern, aber keineswegs die Ablieferung der Ueberschüsse.

Die deutsche Kommission legt im Auftrage der dutschen Regierung mit feierlichem Nachdruck Protest gegen eine französische Maßregel ein, die die französischen Gesetze über den Handel mit dem Feind auch auf das deutsche besetzte Gebiet anwendet. Es widerspreche dem Waffenstillstandsvertrag, wenn den Bewohnern der trotz der Besetzung deutsch gebliebenen Landesteile zugemutet werde, ihre eigenen Volksgenossen als Feinde anzusehen. Die Okkupation dürfe wirtschaftliche Wirkungen nur insofern äußern, als dies mit der militärischen Sicherheit zusammenhängt. Die französische Kommission wird ersucht, für unverzügliche Aufhebung dieser Maßregel Sorge zu tragen.

Zur Ermittelung von einzelnen alliierten Kriegsgefangenen, die sich, wie der englische Vertreter behauptet, noch in Deutschland aufhalten sollen, bittet der deutsche Vorsitzende um nähere Angaben. Der Behauptung, deutscherseits würden Kriegsgefangene versteckt gehalten, müsse er mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Die Ausfuhr der Fetterzeugnisse vom linksrheinischen nach dem rechtsrheinischen Gebiet ist, wie die französische Kommission mitteilt, auf das deutsche Ersuchen hin genehmigt worden.

Vorschläge Wilsons.

Paris, 23. Januar. (Havas.) Amtlicher Bericht. Der Präsident der Vereinigten Staaten, die Premierminister und die Minister des Auswärtigen der alliierten Großmächte und der assoziierten Staaten, sowie auch Makino und Matsui als Delegierte der japanischen Regierung hielten gestern von 3 bis 5 Uhr 30 nachmittags eine Sitzung ab und berieten über die Vorschläge Wilsons, die folgendermaßen lauten:

Die Meinungen, die die Vertreter der assoziierten Mächte hinsichtlich der Aktionen, die wegen Rußland zu unternehmen wären, bis jetzt in der Diskussion zur Sprache brachten, gingen dahin, daß man Rußland nicht neue Hindernisse in den Weg legen und sich in keiner Weise einmischen dürfe in sein Recht, seine Angelegenheiten auf seine Weise zu ordnen. Die genannten Vertreter betrachten das russische Volk als ihre Freunde und nicht als ihre Feinde. Sie wünschen ihm auf jede Art helfen zu können, so wie das russische Volk wünscht, daß ihm geholfen werde. Es ist klar für sie, daß das Unglück und das Mißgeschick des russischen Volkes in dem Grade zunehmen, wie die Lebensbedingungen und Nahrungsmittel verschwinden und zwar in einem Umfange, daß es unmöglich ist, einen Ausgleich zu schaffen, wenn nicht die Ordnung wiederhergestellt wird und normale Arbeits-, Handels- und Transportbedingungen geschaffen werden. Sie suchen daher den Modus, wie dem russischen Volke zur Wiederherstellung der Ordnung geholfen werden könnte. Sie erkennen das absolute Recht des russischen Volkes an, seine eigenen Angelegenheiten selbst zu ordnen und seine Richtlinien festzusetzen. Sie wollen Rußland nicht ausbeuten oder in irgend einer Weise ausnutzen. Sie erkennen die Revolution ohne Vorbehalt an. In keiner Weise und unter keinen Umständen werden sie einem gegenrevolutionären Versuch irgend welcher Art ihre Unterstützung leihen. Es ist weder ihr Wunsch, noch liegt es in ihrer Absicht, die organisierten Gruppen, die gegenwärtig über die Leitung in Rußland streiten, zu begünstigen oder die eine gegen die andere zu unterstützen. Ihr einziger und aufrichtiger Wunsch ist, ihr Möglichstes zu tun, um Rußland den Frieden zu bringen und es von seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten zu befreien. Die assoziierten Mächte haben sich zu einem gemeinsamen Wirken verpflichtet, und um ihrer eigenen Verantwortlichkeit willen arbeiten sie an der Wiederherstellung des Friedens in Europa. Von der Zustimmung ihrer Völker getragen, haben sie sich zur Aufgabe gemacht, dahin zu wirken, daß die Welt von neuem in Frieden leben kann. In dieser Stunde ist das einzig bei Rußland nicht der Fall. Darum betrachten sie es als ihre Aufgabe, Rußland in dieser Angelegenheit von höchster Tragweite mit einer Großmut und liebevollen Sorgfalt und weitherzigem Wohlwollen entgegenzukommen. Sie sind bereit, dem russischen Volk in einer Weise zu helfen, die ihm am deutlichsten ist. Von diesem Geiste getragen, haben sie folgenden Beschluß gefaßt: Sie laden jede organisierte Gruppe, die gegenwärtig die politische Macht oder die militärische Kontrolle ausübt oder auszuüben versucht, sei es in Sibirien oder innerhalb des Gebietes von Europäisch-Rußland, wie es vor dem Kriege bestand, ausgenommen Polen und Finnland, ein, eine Vertretung, deren Zahl bei jeder Gruppe drei nicht übersteigen darf, auf die Prince-Insel im Marmarameer zu entsenden.

Cecil über den Völkerbundgedanken.

London, 23. Januar. (Reuter). Lord Robert **Cecil** setzte in einer Unterredung kurz seine Ansicht über die Gestalt, die der Völkerbund annehmen sollte, auseinander. Er hält einen internationalen Gerichtshof mit durchaus bindenden Befugnissen augenblicklich noch für undurchführbar und glaubt vorderhand nur an die Möglichkeit eines internationalen Rates, in dem wie bei Arbeiterstreitigkeiten Beeinflussung und Vermittlung die Hauptfaktoren der Friedensstifter sein werden. Eine solche Körperschaft müßte jedoch eine genügend starke, international garantierte Macht besitzen, um imstande zu sein, einer Ueberraschung durch Kriegserklärungen vorzubeugen und Streitende zu der Annahme einer Frist zu zwingen, in welcher die vermittelnden Kräfte Zeit zum Eingreifen finden würden. Ueber die Liga der Nationen habe die Abteilung der britischen Delegation (deren Führer Cecil ist), einen Entwurf vorbereitet, der, falls er von der Regierung genehmigt wird, der Friedenskonferenz vorgelegt werden soll. Der Entwurf folge im Großen und Ganzen den Linien der Flugschrift von General Smuts. Die gegenseitige Abhängigkeit der modernen Staaten werde es mit sich bringen, daß keine Nation ihre eigenen Angelegenheiten betreiben könnte, ohne jede Rücksicht auf die Wirkungen ihrer Unternehmung auf andere Nationen. In Zukunft würden auch Seewege nach gewissen Städten unter internationale Kontrolle kommen. Einige neue Staaten, zum Beispiel die aus dem österreichisch-ungarischen Reich gebildeten, könnten unmöglich freien Zugang zur See haben. Die Schweiz erwog nach Zeitungsnachrichten den Plan, nach welchem sie freien Zugang zur See haben würde. Gewisse Nationen würden großes Interesse an einem freien Zugang nach Saloniki haben. Wer möchte nicht Besitzer von Saloniki sein? Das wichtigste Beispiel dieser Art war natürlich das der Dardanellen und des Bosporus. Diese Beispiele für eine notwendige internationale Vermittlung führen naturgemäß zu einer neuen internationalen Organisation, deren Ziel die Wohlfahrt der Nationen und der Welt sein würde. Einen Aufschub bei Besprechung und Vermittlung betrachtet Lord Robert Cecil als Hauptmittel des Völkerbundes bei den Streitigkeiten, die die Lebensinteressen der großen Nationen berühren. So wie auf der Friedenskonferenz müsse die letzte Entscheidung bei den Großmächten liegen, da der Völkerbund letzten Grundes seine Entscheidungen nur durch militärische Macht durchsetzen könne und die Großmächte stets die militärische Ueberlegenheit besitzen würden. Bei kleineren Zwistigkeiten zwischen Nationen könnte eine Lösung durch ein internationales Schiedsgericht erreicht werden. Im allgemeinen würde die Macht, auf die sich der Völkerbund stützen werde, die öffentliche Meinung sein. Er befürwortete einen permanenten internationalen Völkerbundsrat. Ueber diesen würde der oberste Rat stehen, der sich aus den Premierministern oder aus führenden Mitgliedern der Regierungen der verschiedenen Nationen zusammensetzen würde, die in regelmäßigen Zeiträumen zusammenkommen würden. Deutschland sollte nicht sofort zugelassen werden, sondern erst wenn es gezeigt habe, daß es Vertrauen verdiene. Dasselbe gelte von Ungarn und Deutsch-Oesterreich, aber die neuen aus der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie gebildeten Staaten könnten ohne Schwierigkeit zugelassen werden, sobald sie eine feste Regierung hätten.

Zum englischen Waffenstillstandsvorschlag an Rußland.

Paris, 24. Januar. (Drahtnachricht). (Havas). Die Vertreter der Großmächte versammelten sich gestern vormittag am Quai d'Orsay. Die russischen und polnischen Angelegenheiten wurden nicht berührt. Die Funkenpost des Eifelturms wurde um 2 Uhr mit der Uebermittlung von Einladungen der alliierten Regierungen an die verschiedenen die Lage Rußlands beherrschenden Gruppen zur Entsendung von je drei Vertretern nach den **Prinzen-Inseln** bei Konstantinopel zur Besprechung mit den Delegierten der alliierten Nationen. Die Ententekommission, die die russischen Abgesandten anhören soll, ist noch nicht ernannt.

Bericht des polnischen Generalstabes.

Warschau, 23. Januar. (Wiener Korr.-Büro). Polnische Agentur. Die Gruppe des Generals Romew räumte unter dem Druck überwiegender feindlicher Kräfte vorübergehend Wlodzwierz und Wolynski. Oestlich Uknac und Michalowka drängten Abteilungen den Feind zurück, machten 100 Gefangene und erbeuteten 2 Maschinengewehre und anderes Kriegsmaterial. Ein feindlicher Angriff nördlich Uknac wurde mit großen Verlusten für den Feind abgewiesen. Bei der Gruppe des Generals Rozvadowski bei Lemberg Patrouillengefechte und schwache Artillerietätigkeit.

Warschau, 24. Januar. (Drahtnachricht.) Der Heeresbericht des polnischen Generalstabs über die Gruppe **Bug** und die Gefechtstätigkeit des Generals **Rozwadowski** meldet u. a., daß feindliche Artillerie die Stadt **Lemberg** beschieße.

Mit den Angriffen auf **Oderberg** haben eine Kommission von Offizieren der Entente und tschechische Offiziere den Kommandanten des schlesischen Militärbezirks zur Räumung des **Teschener** Bezirks bis zum **Bialafluß** binnen 2 Stunden aufgefordert.

Kundgebungen von Seeleuten in Hamburg.

Hamburg, 23. Januar. Die Seeleute, die heute früh wieder vor das Rathaus gezogen waren und dort den Bescheid erhalten hatten, daß die Beratungen über ihre Forderungen dazu geführt hätten, daß der Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg der Nationalversammlung einen Antrag auf Aufhebung der Seemannsordnung unterbreiten werde, daß aber in Bezug auf die anderen Fragen eine Verständigung noch nicht erzielt werden konnte, da die in Frage kommenden Vertreter der Reedereien in Berlin wegen der Auslieferung der Schiffe verhandelten, verlangten jetzt, daß der Vorsitzende der Exekutive **Hense** ihnen selbst Auskunft erteile. Als Hense sich weigerte, erklärten sie, die Weigerung könne zu Blutvergießen führen. Darauf verlangte Hense von der Deputation der Seeleute die Zusicherung, daß Ruhe und Ordnung nicht gestört würden, worauf er sich zum Sprechen bereit erklärte. Seine Ausführungen wurden von den Versammelten mit lebhaften Zurufen des Unwillens aufgenommen. Die Seeleute zogen schließlich in geordnetem Zuge ab. Nachdem sich noch einige Führer des Seemannsbundes zu ihnen gesprochen hatten, und für den bisherigen Vorsitzenden der Exekutive Laufenberg eingetreten waren, wurde vor dem Rathause auf einem Scheiterhaufen die Seemannsordnung verbrannt.

Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit durch die Franzosen.

Berlin, 23. Januar. Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit:

Das französische Oberkommando hat im Betrieb der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes vom 20. Januar ab die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages anstelle des bestehenden Achtstundentages befohlen.

Gegen diese dem Waffenstillstand zuwider laufende Maßregel hat die Deutsche Waffenstillstandskommission in Spaa am 22. Januar eine Protestnote überreicht. Es wird darauf hingewiesen, daß schon vor der Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch die Alliierten in ganz Deutschland die achtstündige Arbeitszeit eingeführt wurde. Wenn nunmehr für die Eisenbahnen des besetzten Gebiets diese Maßnahme wieder rückgängig gemacht werde, so seien hiervon die bedenklichsten Rückwirkungen zu befürchten. Die deutsche Arbeiterschaft sehe in der Einführung des Achtstundentages eine der wesentlichsten Errungenschaften der Umwälzung in Deutschland. Es müsse daher gegen die Beseitigung des Achtstundentages nachdrücklichst Einspruch erhoben und um Aufhebung der den deutschen Arbeitern und Beamten auferlegten Zwangsmaßnahmen ersucht werden.

Verhaftung eines türkischen Befehlshabers.

Athen, 22. Januar. (Reuter). Aus Konstantinopel wird berichtet, daß Marschall Kiamil Mahmud Pascha, der Befehlshaber der dritten türkischen Armee unter der Anklage der Massakrierung von Griechen und Armenier verhaftet worden ist.

Portugiesische Kriegsschiffe beschießen ihre Hafenstadt.

Genf, 24. Januar. (Drahtnachricht.) Nach Blättermeldungen aus Paris haben einige portugiesische Kriegsschiffe die Stadt **Oporto** bombardiert. Die Armee steht auf Seiten der Revolution. Die Marine blieb der Regierung treu.

Portugal Monarchie?

Madrid, 23. Januar. (Drahtnachricht.) Reuter. Nach einem Telegramm aus **Tuy** ist am 23. 1. nachmittags in Valenciennes die Nachricht eingetroffen, daß in **Lissabon** die Monarchie ausgerufen wurde.

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 25. Januar 1919.

Neuregelung des Gemeindewahlrechts.

Die preußische Regierung erläßt mit Gesetzeskraft eine Verordnung zur anderweitigen Regelung des Gemeindewahlrechts. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden im allgemeinen nach dem allgemeinen unmittelbaren und geheimen Wahlrecht nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit 6 Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die gegenwärtigen Gemeindevertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntag bis spätestens 2. März 1919 zu erfolgen.

— **Postverkehr nach dem besetzten Gebiet.** Wie die Deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, sind folgende Erleichterungen für den Postverkehr aus dem unbesetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten eingetreten: a) nach der amerikanischen Besatzungszone sind gestattet außer Briefen an Kriegsgefangene verschlossene Briefe in dringenden persönlichen und in allen Geschäfts-, Geld- und Verwaltungsangelegenheiten, Zeitungen, Drucksachen, Postanweisungen und Wertbriefe. Die amerikanische Besatzungszone umfaßt den Ober-Postdirektionsbezirk Trier (ausgenommen die Orte Merzig, Birkenfeld, Oberstein und die Gebiete südlich dieser Orte) den linksrheinischen nördlichen Teil des Ober-Postdirektionsbezirks Koblenz bis zur Linie Boppard, Simmern, Büchenbeuren einschließlich, ferner das Brückenkopfgebiet von Koblenz (ausgenommen den Kreis St. Goarshausen und den Unterlahnkreis) b) nach der französischen Besatzungszone (ausgenommen Elsaß-Lothringen) sind Pakete mit Lebensmitteln ohne anderen Inhalt und ohne briefliche Mitteilungen zur Beförderung über Frankfurt—Wiesbaden zugelassen worden. Pakete mit anderem Inhalt als Lebensmitteln und mitbrieflichen Mitteilungen werden feindlicherseits beschlagnahmt. Die französische Zone umfaßt alle besetzten deutschen Gebiete südlich der amerikanischen Zone, also insbesondere die südlichen Teile der Oberpostdirektionsbezirke Trier und Koblenz (linksrheinisch), Rheinhessen und ferner das Brückenkopfgebiet von Mainz und vom Brückenkopfgebiet Koblenz die Kreise St. Goarshausen und Unterlahnkreis. Ueber die in Betracht kommenden Postorte der Brückenkopfgebiete geben die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

— **Einstellung des Postanweisungs-, Postauftrags- und Nachnahmeverkehr mit dem von Polen besetzten Gebiet.** Der oberste polnische Volksrat hat den Postanweisungs-, Postauftrags- und Nachnahmeverkehr nach Orten außerhalb des von polnischen Truppen besetzten Gebiets eingestellt, Zahlkarten und Wertsendungen nach diesen Orten nicht mehr annehmen und Zahlungsanweisungen der Postscheckämter nicht mehr auszahlen lassen. Infolgedessen hat sich die Reichs-Postverwaltung genötigt gesehen, außer der seit 11. Januar bestehenden Sperre für Paket- und Wertsendungen auch Postanweisungen, Postaufträge und Nachnahmesendungen nach diesen Orten von der Annahme auszuschließen und Zahlungsanweisungen der Postscheckämter, unter Rückgabe der Schecke an die Absender, nicht absenden zu lassen. Die Sperre gilt jedoch nicht für die Postämter in Bentschen, Betsche, Birnbaum (Bz. Posen), Bojanowo (Kr. Rawitsch), Bomst, Brätz (Kr. Meseritz), Fraustadt, Kempen (Bz. Posen), Lissa (Bz. Posen), Meseritz (Bz. Posen) Prittisch, Rawitsch, Reisen, Sarne, Schwerin (Warthe), Tirschtiegel, Unruhstadt, Wilhelmsbrück und die zugeteilten Postagenturen.

— **Kriegsprimaner.** Vor wenigen Wochen brachten wir die Mitteilung, daß das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung beabsichtigt, den Kriegsteilnehmern, die in den Schuljahren 1914—1916, also bis Ostern 1917 regelrecht nach Unterprima versetzt worden sind das Reifezeugnis ohne Ablegung der Prüfung zuzuerkennen, natürlich unter der Voraussetzung daß die Bundesstaaten sich diesem Vorgehen anschließen werden. Da die Bundesstaaten bisher noch keine Stellung zu der Anregung haben nehmen können, so sind Gesuche um Zuerkennung der Reife gegenwärtig zwecklos. Erst nach erfolgter Veröffentlichung des Erlasses sind sie an die Leitung der zuletzt besuchten höheren Lehranstalt zu richten.

— **Vorschuß auf die Unteroffizier-Dienstprämie.** Mit Rücksicht auf die jetzigen Teuerungsverhältnisse darf nach einer Verfügung des Kriegsministeriums bis auf weiteres den Unteroffizieren des Friedensstandes, die durch zwölfjährigen aktiven Dienst Anspruch auf die Dienstprämie bereits erworben haben, beim Antritt oder während eines Versorgungsurlaubes in geeigneten Fällen ein Vorschuß bis zum Gesamtbetrag von 750 Mark auf die beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienststande fällig werdende Dienstprämie gewährt werden. Der Vorschuß wird gewährt: Wenn die Beschaffung von Zivilkleidern notwendig ist, zu den Kosten des Umzuges der Familie oder zum Lebensunterhalt, falls das Einkommen im Zivildienst oder im Privatdienst nicht voraus, sondern nachträglich gezahlt wird. Zahlung leistet der Truppenteil, der zuletzt die Besoldung gewährt hat. Die Genehmigung erteilt nach sorgfältiger Prüfung des Bedürfnisses und der Zweckmäßigkeit der Kommandeur dieses Truppenteiles.

— **Zur Ablieferung der deutschen landwirtschaftlichen Maschinen** an die Entente wird von der deutschen Waffenstillstandskommission mitgeteilt: Die Liste der zum 1. März lieferbaren landwirtschaftlichen Maschinen, die nach den in Trier getroffenen Abmachungen am 23. Januar in Spaa zu überreichen war, ist rechtzeitig abgegangen. Bis zum 1. März ist im Prinzip ein Drittel von 58 500 Maschinen, d. h. also 19 500 landwirtschaftliche Maschinen, zu liefern. Infolge der sofort von der Deutschen Waffenstillstandskommission in engster Zusammenarbeit mit dem Fachausschuß für Maschinen-Industrie und der Landwirtschaftlichen Betriebsstelle für Kriegswirtschaft in Angriff genommenen Organisationen sind zum 1. März bestimmt lieferbar 32 254 landwirtschaftliche Maschinen. Dabei ist der einheimische Bedarf genügend berücksichtigt, so daß eine Schädigung unserer Landwirtschaft ausgeschlossen ist. Die Lieferung kann sofort aufgenommen werden. Die Verhandlungen werden durch besondere deutsche Sachverständige in Spaa geführt. Wie im Abkommen bereits ausbedungen, können schwer lieferbare Arten von Maschinen gegen reichlicher vorhandene ausgetauscht werden. So werden z. B. die Dampfpflüge nicht in genügender Zahl lieferbar sein. Als Ersatz werden wir deshalb Motorpflüge, namentlich das in Frankreich eingeführte System Stock, liefern. Auf diese Weise wird auch der Gesamtforderung von 400 Dampfpflügen bis zum 1. Juni, die wir sonst unter keinen Umständen hätten liefern können, genügt werden. Die Voraussetzung für die restlose Erfüllung der Gesamtlieferung ist allerdings, daß in den Arbeits-, Transport- und Kohlenverhältnissen Deutschlands kein weiterer Rückgang eintritt. Auch hier gilt das Leitwort, das über der gesamten wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands steht: Arbeit!

— **Kaum noch ein Dutzend Schnellzüge im ganzen Reich.** Amtlich wird mitgeteilt: „Obwohl der Verkehr der Personen- und Schnellzüge schon bisher zum Nachteile aller, die auf Benutzung der Eisenbahn angewiesen sind, überaus stark eingeschränkt war, so sieht sich die Staatseisenbahnverwaltung doch gezwungen, abermals mit weiteren empfindlichen Einschränkungen im Personen- und Schnellzugverkehr vorzugehen. Sie treten bereits heute in Kraft. Von diesem Tage ab werden im ganzen Deutschen Reiche kaum noch ein Dutzend Schnellzüge verkehren. Der Grund dieser schweren, für das ganze Wirtschaftsleben äußerst nachteiligen Maßnahme ist in erster Linie die unaufhaltsame Abgabe leistungsfähiger Lokomotiven an die Ententemächte. Außerdem erhöht sich die Zahl schadhafter Lokomotiven infolge geringerer Arbeitsleistungen der Werkstätten stetig. Die Menge betriebsfähiger Lokomotiven und Wagen nimmt von Tag zu Tag in erschreckender Weise ab. So sehr das wirtschaftliche Leben nach Besserung drängt, sie ist nur möglich, wenn die Ententemächte bei der Uebernahme der Betriebsmittel billige Rücksicht walten lassen und wenn die Arbeiterschaft in den Reparaturwerkstätten die Wiederherstellung der schadhaften Lokomotiven und Wagen mit allen Mitteln betreibt."

— **Vorläufig keine Freigabe der Lederwirtschaft.** Von verschiedenen interessierten Seiten ist in letzter Zeit in Berufsvereinigungen und auch in der Presse die Freigabe der Lederwirtschaft gefordert worden. Diese Forderung kann in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden, mindestens nicht so lange, wie die vorhandenen Lederbestände nicht ausreichen, um auch ohne eine geregelte Verteilung die Befriedigung des Bedarfs aller lederverbrauchenden Kreise sicherzustellen. Das Reichswirtschaftsamt erklärt deshalb, daß es einer sofortigen Freistellung der vorhandenen Lederbestände seine Zustimmung nicht erteilen werde. Das Amt hofft indessen, durch eine Neuregelung der Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der an der Lederwirtschaft interessierten Berufe diejenige Form der Bewirtschaftung zu finden, die auf der einen Seite den berechtigten Wünschen nach möglichster Bewegungsfreiheit und auf der anderen Seite dem Ziele einer gerechten und schnellen Versorgung aller Rechnung trägt.

— **Waffenschutz fürs Ostland.** Hauptmann d. R. v. Weickhmann, zuletzt Abteilungskommandeur im 3. Garde-Res.-Feldart.-Regt., teilt mit, daß Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die bei der Sturmabteilung der 231. I.-D. oder bei einer der vorher von ihm geführten Batterien gegen Frankreich oder Rußland gekämpft haben und zu militärischer Verwendung außerhalb Deutschland bereit sind, sich bei

ihm melden können, desgleichen auch andere bewährte Frontsoldaten aller Waffen, die helfen wollen, einen Damm gegen den von Osten durchs Baltenland heranflutenden Bolschewismus der Russen zu errichten. Mobile Löhnung und Verpflegung, 9 Mark Tageszulage, steigende Treuprämien usw., außerdem Ansiedlungsmöglichkeit. Da erstklassige Truppe mit bester Manneszucht beabsichtigt, ist gute Führung und Kriegsbrauchbarkeit Voraussetzung der Annahme. Meldungen sind schriftlich an genannten Offizier (Jüterbog, Lehrregiment der Feldartillerie-Schießschule) zu richten; Marschanweisung folgt später.

— **Die Soldatenräte des Grenzschutzes Ost** stehen, wie den „Danz. N. N." mitgeteilt wird, völlig auf dem Standpunkt, daß auf dem Fundament, das die Revolution gelegt hat, ein wetterfestes Haus gebaut werden solle. Sie wenden sich daher gegen die Ausführungen von Frau Käte Leu, die in Danzig in der Sporthalle vom Grenzschutz als von einer zweifelhaften Truppe sprach. Sie erklären, daß sie es nie erlauben würden, daß der Geist des alten preußischen Militarismus im Grenzschutz lebendig würde, betonen aber, daß sie von den Kameraden Ordnung verlangen können und müssen, wie es jeder Werkführer in der Werkstatt verlangt. Auch die Offiziere müßten sich der Ordnung fügen.

— **Gegen die Eingriffe der A.- u. S.-Räte in die Fürsorgeerziehung** wendet sich ein Erlaß des Zentralrats, in dem es heißt: Dem Zentralrat ist zur Kenntnis gekommen, daß örtliche Arbeiter- und Soldatenräte mehrfach in die Fürsorgeerziehung eingegriffen und die Entlassung von Fürsorgezöglingen veranlaßt haben. Solche Eingriffe sind unzulässig. Das Preußische Fürsorgeerziehungsgesetz ist bisher nicht aufgehoben, es ist in Kraft bis die in Aussicht genommene Revision des Gesetzes vorgenommen sein wird. Die Entscheidung darüber, ob Fürsorgeerziehung erforderlich ist oder nicht, steht deshalb zur Zeit lediglich den zuständigen Gerichten zu, gegen deren Beschluß das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben ist. Ueber die frühere Entlassung von Fürsorgezöglingen aus der Fürsorgeerziehung hat allein der gesetzlich dazu berufene zuständige Provinzialverband zu beschließen. Ein ablehnender Beschluß kann durch Anrufen des Vormundschaftsgerichts angefochten werden. Die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte wir dringend im Interesse der Aufrechterhaltung geordneter Zustände sich jeglichen Eingriffes in die Fürsorgeerziehung zu enthalten.

— **Gegen die Banknotenhamster.** In der Zeit der Uebergangswirtschaft, in der wir uns jetzt befinden, muß jedermann besonders darauf bedacht sein, seine Handlungen in Einklang mit dem Allgemeinwohle zu bringen; denn es liegt im Interesse eines jeden, daß wir sobald als möglich nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich in geordnete Bahnen einlenken! Wirtschaftsfeindlich sind aber die Bestrebungen und Gewohnheiten, Bargeld in einem größeren Umfange zu Hause zurückzuhalten, als für die Bestreitung der kleineren Lebensbedürfnisse unbedingt notwendig ist. Es gibt überhaupt keinen triftigen Grund, der jemand dazu veranlassen könnte, bares Geld zu verstecken. Wer sein Geld von der Bank oder Sparkasse abholt, seine Wertpapierbestände oder sonstigen Vermögenswerte „versilbert", macht einen schlechten Tausch; denn er tauscht zinsbringende Werte gegen zinslose ein, ohne zudem an Sicherheit zu gewinnen, ja er setzt sich sogar der Gefahr von Verlusten aus. Obendrein schädigt er die Gesamtheit; denn er trägt durch seine Handlungsweise zur Vermehrung des Notenumlaufes bei, fördert somit eine weitere Entwertung des Geldes und verzögert den erwarteten Rückgang der Preise. Die Entwertung des Geldes verschlechtert aber auch unsere Valuta und verhindert somit unbeschränkte Wiederaufnahme des Außenhandels. Wem also das Wohl der deutschen Volksrepublik am Herzen liegt, der helfe mit, die Banknotenhamsterei zu bekämpfen und der bargeldlosen Zahlung durch Ueberweisung oder Scheck Eingang zu verschaffen!

— **Einführung des Garnisonpfarrers Lic. Klingenburg.** Am Sonntag, dem 26., vormittags um 10 Uhr, hält der hierher versetzte Garnisonpfarrer Lic. Klingenburg in der Garnisonkirche seine Einführungspredigt. Anschließend wird er im Kindergottesdienst die Jugendgemeinde begrüßen. Pfarrer Klingenburg trat 1906 als Militärhilfsgeistlicher in Stettin in das Militärpfarramt ein, stand als Divisionspfarrer in St. Avold und in Cöln. Den Feldzug machte er als Felddivisionspfarrer der 14. Ref.-Div. mit.

— **Ein Zwischenfall im Theater** ereignete sich während der gestrigen Abendvorstellung. Mehrere Soldaten drangen lärmend und die Offiziere zur Ablegung der preußischen Kokarde auffordernd in das Theater ein und benahmen sich dort recht freiheitlich. Der sofort verständigte Soldatenrat vermochte die Leute von Ausschreitungen fernzuhalten, wobei es natürlich ohne Verhaftungen nicht abging. Der Theaterbesucher bemächtigte sich anfänglich eine Erregung, die sich nach kurzer Zeit legte. Trotzdem hatte ein Teil der Anwesenden es vorgezogen, das Theater zu verlassen. Die im ersten Akt unterbrochene Vorstellung konnte im weiteren Verlauf sich ungestört abwickeln. Wie wir erfahren, handelt es sich um Unruhen unter den Soldaten, die mit der Einführung einer strafferen Disziplin nicht einverstanden sind und darin die Rückkehr zur früheren Ordnung erblicken. In verschiedenen Kasernen kam es zu Zusammenrottungen. Die daran Beteiligten wurden nur durch Anwendung von Zwangsmaßnahmen des Soldatenrats von einem Demonstrationszug durch die Stadt abgehalten.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Sonntag, den 26. Januar. Meist wolkig, fortdauernd Kälte.

Elbing. Die Stadtverordneten bewilligten zu Notstandsarbeiten 453 000 M. Zu den hierin enthaltenen Teuerungszulagen gibt der Staat 5/6 und die Stadt 1/6, so daß die letztere in Wirklichkeit nur 273 622 Mk. zu zahlen hat. Es sollen Straßen um- und ausgebaut, Regenwasserkanäle angelegt und andere Arbeiten ausgeführt werden. Wegen der dauernd steigenden Materialpreise und Löhne wurde beschlossen, vom 1. Januar ab die Gaspreise um 13 Pfg. für den Kubikmeter zu erhöhen. Die Gasmessermiete wird nicht mehr in Rechnung gestellt werden. Dann gelangte ein Dringlichkeitsantrag der Firma F. Schichau zur Beratung. Da die Firma die Arbeiter der Lokomotivfabrik wegen Kohlenmangels nicht auf die Straße setzen will, beabsichtigt sie, die Fabrik durch ein Kabel an ihre Ueberlandzentrale in Petelkau (Kreis Braunsberg) anzuschließen, wozu die Stadt, da das Kabel durch Elbing führen soll, die Genehmigung erteilen soll. Die Versammlung beschloß demgemäß.

Schildberg. Tötung des Propstes von Marcinkowo. Vom Obersten Polnischen Volksrat wird mitgeteilt: Am 14. d. M. haben 5 Soldaten vom Heimatschutz den Propst Rudy aus Marcinkowo (Kr. Schildberg) gewaltsam weggeführt. Nach zwei Tagen wurde die Leiche des Geistlichen im Walde gefunden. Die ärztliche Obduktion stellte vier Gewehrschüsse in Hals, Arme und Brust fest. Auf den Armen waren Spuren von Kolbenschlägen.

Danzig. Todesfall. Geheimer Reg.- und Schulrat Carl Salinger, früher Seminardirektor in Graudenz, ist am Sonntag im Alter von 70 Jahren gestorben. — Ein schwerer Einbruch wurde in der Nacht zum Sonntag im Stofflager des Kaufmanns Leo Neumann, Pfefferstadt, verübt, bei dem Stoffe im Werte von über 35 000 Mark entwendet wurden. Die Wach- und Schließgesellschaft fand, wie die „Danz. N. N." mitteilen, morgens gegen 1/2 3 Uhr die erbrochene Tür vor und erstattete sofort Meldung. Darauf unternahmen 16 Mann der Bürgerwehr Streifzüge mit entsprechender Verteilung. Eine der Patrouillen sichtete am Hakelwerk zwei Leute, die einen großen blauen Packen trugen, den sie auf Anruf fallen ließen und Reißaus nahmen. Die unauffällige blaue Umhüllung enthielt einen Teil der gestohlenen Waren im Werte von über 11 000 Mark.

Danzig. Die bedauernswerten Kriegspferde. Gestern zog Artillerie in Langfuhr ein. Die Geschütze waren mit sechs Pferden bespannt, die durchweg ein Bild des Jammers darboten, so daß alle Menschen stehen blieben und mit tiefem Mitleid diese Tiere betrachteten. Sie kamen aus dem Osten.

Eydtkuhnen. Eine öffentliche Volksversammlung, in der Landrat Kramer aus Stallupönen einen Vortrag über das Vordringen der Bolschewisten in Rußland gegen unsere Heimatprovinz hielt, nahm einstimmig folgende Entschließung an, die als Telegramme an den Arbeiter- und Soldatenzentralrat Königsberg, an den Generalfeldmarschall von Hindenburg und Oberpräsident v. Batocki in Königsberg abgesandt worden sind: „Die hier im überfüllten Saale versammelten Bürger Eydtkuhnens haben sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß eine Rettung Ostpreußens nur möglich ist, wenn schon sofort, noch vor Abschluß der Verhandlungen mit den Bolschewisten die Memellinie und Kowno besetzt werden. Geschieht das nicht, so sehen sie sich in kurzem als Operationsgebiet einem noch schlimmeren Elend als 1914 schutzlos preisgegeben."

Posen. Wahlergebnis. Entgegen der von verschiedenen Seiten gebrachten Mitteilung, daß in der Stadt Posen überhaupt nicht gewählt sei, hat sich die Wahl zur Nationalversammlung ohne Störung vollzogen. Es entfielen auf die Deutsche demokratische Partei 13 177 die Deutsche Volkspartei 5568, die Deutschnationale Volkspartei 5864, das Zentrum 2319 und die Sozialdemokratie 4449 Stimmen.

Thorner Schöffengericht.

Thorn, 22. Januar.

Wegen gefährlicher Körperverletzung hatte sich der Arbeiter Paul Müller aus Leibitsch zu verantworten. Mit seiner Schwiegermutter Veronika Lewandowski, einer 80jährigen Frau, lebt er in keinem guten Verhältnis. Am 28. September v. Js. machte er ihr Vorhaltungen, weil sie das Kind seiner Pflegetochter in ihre Wohnung genommen. Die Frau erwiderte mit groben Worten, worauf Müller ihr mit der Faust ins Gesicht schlug und mit den Füßen so heftige Stöße versetzte, daß sie blaue Flecke davontrug. Für diese rohe Mißhandlung beantragte der Amtsanwalt eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten, der Gerichtshof erachtete indessen 2 Wochen Gefängnis als ausreichende Sühne.

Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beleidigung wurde der Arbeiterfrau Katharina Müller aus Leibitsch, der Ehefrau des zuerst Verurteilten, zur Last gelegt. Am 14. September v. Js. hatten die Gendarmeriewachtmeister York und Godau in der Müllerschen Behausung eine Nachsuchung auszuführen, weil der Getreidegesellschaft Getreide und dem Eigentümer Olszewski eine Rinderhaut gestohlen war. Diese wurde auch vorgefunden, außerdem im Stalle versteckt $15\frac{3}{4}$ Pfund Speck. Der Speck wurde beschlagnahmt. Dabei leistete Frau Müller erheblichen Widerstand. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark ersatzweise 10 Tage Gefängnis.

Gegen den Kutscher Franz Wasiecki von hier war ein Strafbefehl auf 25 Mark Geldstrafe ergangen, weil er von der Firma C. B. Dietrich einige kleine Vorhängeschlösser unterschlagen haben sollte. Seinen Einspruch begründete er mit der Angabe, er habe die Schlösser, welche seine Kinder gefunden, nur versehentlich in die Tasche gesteckt und vergessen sie abzugeben. Der Gerichtshof schenkte ihm Glauben und erkannte auf Freisprechung.

Eingesandt.

Für Veröffentlichungen an dieser Stelle übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Das Eingesandt in der „Presse" des „Zentral-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", Ortsgruppe Thorn, war eine bescheidene Antwort auf einen antisemitischen Anwurf eines Lehrers, der seine politische Gesinnung nach dem Winde richtet. Augenblicklich ist er Führer der Deutschnationalen Volkspartei und gleichzeitig Antisemit. Die Anmerkung der Schriftleitung der Presse, daß Herr Rechtsanwalt Wilk der einzige Monarchist jüdischen Glaubens in Thorn sei, weise ich ganz entschieden zurück. Die Schriftleitung der Presse scheint wie ja immer Thorner Bürger jüdischen Glaubens als „Fremdlinge" zu behandeln. Die Deutschnationale Volkspartei treibt durch ihre antisemitischen Agitationen sämtliche Juden, auch die monarchistisch gesinnten, mit Gewalt aus ihrer Partei hinaus. Die „starke Hetze" die von der demokratischen Partei betrieben worden sein soll, ist noch kein Grund für einen Antisemitismus. Denn zur demokratischen Partei gehören ebensowohl Christen wie Juden. Die Deutschnationale Volkspartei scheint ganz vergessen zu haben, daß Herr H. und Frl. St. gegen die ihre Angriffe am meisten gerichtet sind, evangelischer Konfession sind. Oder glaubt die Deutschnationale Volkspartei, daß Herr Dr. M. der Vertreter sämtlicher Thorner Juden ist?

G. M.

Beamten und Offiziere.

Die staatsbürgerliche Stellung der Beamten und Offiziere wird in weiten Kreisen noch unrichtig beurteilt. In der konservativen Periode unseres staatlichen Lebens war es für sie gefährlich und nachteilig, sich zu einer liberalen Staatsauffassung zu bekennen. Das wirkt in nicht geringem Umfange auch jetzt noch nach. Es wird noch einiger Zeit bedürfen, bis sie sich davon überzeugen, daß mit der für politische Beamte gebotenen Einschränkung die Freiheit in Wort und Schrift auch ihnen gewährleistet ist. Befremdlich ist aber die Auffassung, daß die Zugehörigkeit zum Offizierkorps auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei — nämlich der Deutschnationalen Volkspartei — bedinge.

Diese Auffassung vertritt Herr Oberleutnant Sauvant in einem „Eingesandt" in Nr. 16 der „Presse". Er begründet sie damit, daß der Offizier vor der Revolution zur Erlangung der Achselstücke königstreu gewesen sein müsse, und daß er nach der Revolution bei dieser Gesinnung beharren müsse, um sich nicht dem Vorwurfe der Charakterlosigkeit und schlimmerem auszusetzen.

Daß der letzte preußische König die Offiziere und Beamten von ihrem Treueide entbunden hat, bleibt dabei unbeachtet. Unbeachtet bleibt aber auch, daß kein Staatsbürger — auch nicht der Beamte und nicht der Offizier — sich dem Einflusse der geschichtlichen Entwicklung entziehen kann und soll. Auch Herr Sauvant hat den Sturz des Königtums nicht zu hindern vermocht. Wird die Staatsform nach dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Volksgesamtheit geändert, so wird weder durch aussichtslosen Widerstand noch durch Abkehr vom Staate der staatsbürgerlichen Pflicht genügt. Wer seinem Staate und seinem Volke weiter dienen will — insbesondere wer ihm als Beamter oder Offizier dienen will — muß sich der Aenderung anbequemen.

Die demokratische Gesinnung, gegen welche sich die unbeherrschten Angriffe des Herrn Oberleutnant Sauvant richten, wird an sich durch die Staatsform nicht bedingt. Sie ist auch vor der Umwälzung von den entschieden liberalen Parteien vertreten worden. Mancher denkende Beamte und Offizier hat sie sich angeeignet, wenn auch die Starrheit des früheren Systems dem öffentlichen Bekenntnisse entgegenstand. Dieses Hindernis ist fortgefallen. Es wird auch nicht künstlich durch eine Art Verrufserklärung wiederhergestellt werden können. Der Kastengeist, welcher für bestimmte Berufsstände bestimmte Welt- und Staatsauffassungen vorschreiben oder vortäuschen will, hat keinen Raum mehr in unserem öffentlichen Leben. Die demokratische Gesinnung beschränkt sich nicht auf einzelne Berufsstände und ist von keinem Berufsstand auszuschließen. Wer die demokratische Staatsauffassung als die richtige erkennt, der hat nicht nur das Recht, sondern auch die staatsbürgerliche Pflicht, sie zu vertreten und sich zu ihr zu bekennen.

Die Anmaßung der deutschnationalen Volkspartei, sich als alleinige Hüterin des nationalen Empfindens hinzustellen und es anderen Parteien abzusprechen, ist ein Symptom ihrer Denkart. Daher überrascht es nicht, wenn sich dazu die Neigung gesellt, die innere Ueberzeugung politischer Gegner anzuzweifeln. Das eine wie das andere beweist die Enge des politischen Horizonts.

Für die Deutsche demokratische Partei ist es eine hohe Genugtuung, in ihren Reihen Beamte und Offiziere zu sehen, welche mit hingebungsvollem Eifer für ihren Beruf lebhafte Anteilnahme an dem staatlichen Leben, Weite des Blicks und politische Urteilsfähigkeit verbinden. Sie sind wertvolle Mitarbeiter und Mitstreiter für den Sieg des demokratischen Gedankens, welcher in harter und ausdauernder Arbeit Volk und Reich aus dem Abgrunde wieder zu lichter Höhe führen wird.

Neueste Nachrichten.

Der englische Kohlenstreik beendet.

Yorkshire, 23. Januar. (Dr) Der Kohlenstreik ist beigelegt. Der Kohlenkontrolleur bewilligte die Bedingungen für die Zeit, in der die Regierung die Kontrolle ausübt.

Forderungen der italienischen Arbeiter.

Bern, 24. Januar. (Dr.) Wie „Secolo" mitteilt, sollen in Mailand alle Gießereien still stehen. Die Arbeiter verlangen den Achtstundentag, höhere Löhne und Vergütung des freien Sonnabend Nachmittags.

Die Beerdigung des Tischlers Herrn

Julius Elske

findet am Montag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle am Brückentor auf dem Friedhof Mocker statt.

Ein dreifach donnerndes Hoch

dem Geburtstagskinde N. P., Friedrichstraße 14.

Ein Freund.

Bekanntmachung.

Am Mittwoch, den 29. 1. 19 vormittags 11 Uhr findet auf dem Fußartillerie-Schießplatz Thorn bei Wagenhaus 2

öffentlicher Verkauf von ungebraucht. Lastschlitten

zum Preise von 50 Mark für ein Stück statt. Gleichzeitig wird im Wege öffentlicher Versteigerung ein **Kutschwagen** (Halbverdeck), und ein **Personen-Spazierschlitten** abgegeben.

Jeder Käufer muß Selbstverbraucher sein und eine von der Ortsbehörde unterschriebene und unterstempelte Bescheinigung vorzeigen, daß er die Fahrzeuge und wieviel er notwendig hat.

Depotverwaltung.

Umsatzsteuererklärung über die im Monat Dezember 1918 vereinnahmten steuerpflichtigen Entgelte für Luxussteuer.

Auf Grund des § 45 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz vom 26. Juli 1918 sind die Umsatzsteuererklärungen über die im Monat Dezember 1918 vereinnahmten steuerpflichtigen Entgelte für Luxusgegenstände dem unterzeichneten Umsatzsteueramte, Rathaus 2 Treppen, Zimmer 48, einzureichen oder die erforderlichen Angaben an den Wochentagen vormittags zwischen 9 bis 12 Uhr mündlich zu machen.

Die Vordrucke können bei dem unterzeichneten Steueramte kostenlos in Empfang genommen werden.

Nach § 17 Abs. 5 des oben genannten Gesetzes kann dem Steuerpflichtigen, der die Erklärung nicht rechtzeitig abgibt, ein Zuschlag bis zu zehn vom Hundert der endgültig festgestellten Steuer auferlegt werden.

Thorn, den 23. Januar 1919.

Der Magistrat.
Umsatzsteueramt.

Erster

Gatterschneider

für Vollgatter, der gleichzeitig Sägen schärft, sofort gesucht.

Georg Michel

Baugewerksmeister, Thorn-Mocker.

Lehrling

achtbarer Eltern für die Zahntechnik sucht **E. Przybill**, Dentist
Breitestraße Nr. 6.

Zuverlässige

Buchhalterin

sofort ges. **Friedrich Hecktor**, Breitestraße 32, I.

Mädchen

zu Haus- und Landarbeit,

Landarbeiter u. Kohlfütterer

finden sofort lohnende Stellung durch

Kreisarbeitsnachweis Thorn-Land
Wohlfahrtsamt,
Mauerstraße 62.

Suche

Stützen, Köchinnen, Stubenmädchen Mädchen für alles u. Kindermädchen

Emma Baum,
gewerbsmäßige Stellenvermittlerin,
Thorn, Coppernikusstr. 25. Tel 1014.

Aufwartefrau

fürs Kontor von sofort gesucht. Anmeldungen an **J. Jaskowski**
Coppernikusstraße 18 I

Mein Klavierstimmer

kommt in nächster Zeit nach dort. Gefl. Anmeldungen nimmt entgegen die Geschäftsst. der Thorner Zeitung und das Conservatorium für Musik Culmerstraße 4, 3. Etg

Pianogroßhandlung
B. Sommerfeld, Bromberg.

20—25000 Mark

habe auf sichere Hypothek sogleich zu vergeben. Meldungen Breitestr. 17 II.

Adreßbuch von Thorn und Umgegend

Für die Abteilung:

Vereine, Innungen, beeidigte Sachverständige, Vertretungen von Versicherungen usw.

fehlen noch die Unterlagen verschiedener Körperschaften und Vertreter.

Wir bitten selbige **umgehend** der **„Buchdruckerei der Thorner Ostdeutschen Zeitung"** zu übermitteln.

Adreßbuch-Verlag
Thorn, Seglerstraße 11.

Der Stimmzettel der deutschnationalen Volkspartei

lautet:

1. Vorsitzender der deutschen Kleinsiedlungsgenossenschaft Konitz, Spezialkommissar Geheimer Regierungsrat **Franz Weißermel**-Konitz.
2. Generalsuperintendent D **Wilhelm Reinhard**-Danzig, Johannistal 3,
3. Vorsitzender der Hanwerkskammer des Regierungsbezirks Marienwerder Schlossermeister **Emil Hache** in Graudenz,
4. Rektor **Paul Matschkewitz**-Danzig, Schlüsseldamm 10,
5. Gewerbelehrerin **Helene Duwensee**-Thorn,
6. Generalmajor **Detlof von Winterfeldt**, Vorsitzender der Deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa,
7. Oberpostassistent, Postsekretär **Max Hensel**, Marienburg Wpr., Hornstraße 22,
8. Bäckermeister **Gustav Karow**, Danzig,
9. Rechtsanwalt, Justizrat **Karl Menzel**, Dirschau,
10. Landarbeiter **Karl Ostrominski**, Koerberode Post Sawdin, Kreis Graudenz,
11. Frau **Anni Kalähne**, Oliva,
12. Feldwebel **Gustav Schumann**, Grenadier-Regt. 5, Danzig,
13. Seminarlehrer **Dr. Friedrich Wilhelm Quentin**, Löbau,
14. Hofbesitzer **Eduard Penner I**, Neukirch, Kr. Marienburg Wpr.,
15. Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins für weibliche Angestellte Frau **Anna Kretschmann**, Graudenz, Börgenstr. 8,
16. Werftbuchführer **Hermann Busch**, Danzig, Bastion Ochs 7,
17. Leitender Geschäftsführer der Deutschen Bauernbank für Westpreußen, Oberregierungsrat **Karl Kette** in Zoppot.

Am 26. Januar sind alle Stimmzettel der deutschnationalen Volkspartei mit anderen Namen ungültig.

Meinen geehrten Kunden zur Nachricht, daß der

Verkauf von Ziegenwurst

wegen Knappheit der Ziegen und zu großer Ausfuhr derselben nur

zweimal in der Woche

und zwar **Mittwoch** und **Sonnabend** von 2 Uhr nachmittags ab stattfindet.

Hermann Rapp.

Wir suchen von sofort eine gewandte

Kassiererin

die mit der Buchführung vertraut ist.
Persönliche Vorstellung erwünscht.

S. Schendel & Sandelowsky.

Herrenpelz mit Biberkragen, mittlere Figur, 2 Anzüge, gr. schlanke Figur, 1 Paar hohe Stiefel, weiche Schäfte übers Knie, Größe 43 zu verkaufen. Besichtigung v. 9—12 **Baderstraße Nr 28, II links.**

Umnähhüte werden angenommen.
Minna Janke Nachf., Wellienstr. 86.

Sofa, 2 Sessel und passender Teppich

(taubenblau) evtl. **gr. Salonspiegel** umzugshalber zu verkaufen. Angeb. unt. Nr. 228 an die Gesch. dies. Ztg.

VORTRAG.

Thema: Unser Verhältnis zu Gott dem Retter.

Sonntag, den 26. Januar, nachm. 4½ Uhr, Culmer Chaussee 6.

Eintritt frei.

Von **Montag den 27.** bis **Freitag den 31. Januar** finden in der **Evangelisations-Kapelle** am Bayerndenkmal Culmer Vorstadt nachmittags 4 Uhr und abends ½8 Uhr

Vorträge zur Vertiefung des Glaubenslebens

statt. Redner: Pred. Stalder-Danzig u. Pred. Zimmermann-Zoppot.
Thema: **„Ein Ueberwinderleben."** — Jedermann herzlich willkommen.

Achtung! Achtung!

Am Montag, den 27. d. Mts., abends 7 Uhr

findet im Lokal **Maurer-Amtshaus**, Neustädt. Markt eine

Versammlung

sämtlicher Kornmühlen- u. Brauereiarbeiter statt.

Das Erscheinen eines Jeden ist sehr notwendig.

Der Einberufer.

Kaffee Kaiserkrone

Täglich erstklassiges

Künstler-Konzert

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Schützenhaus

Kino — Großer Saal — Varieté

Programm für Sonntag, den 26. Januar 1919:

Das Gespensterbild

Filmschwank in 2 Akten.

Der Tag der Vergeltung

Lustspiel in 3 Akten.

Wer ist der Vater? Lustspiel, sowie das bekannte Varieteeprogramm.

Reichskronensaal

Katharinenstraße Nr. 7. —|— Katharinenstraße Nr. 7.

Ab abends 6 Uhr, Sonntags 4 Uhr:

Tanzkränzchen.

Bürgergarten

Heute Sonnabend:

Großes Kappenfest

Tivoli

Sonntag, den 26. Januar 1919:

Großes Streichkonzert

Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Ziegelei-Park.

Sonntag, den 26. Januar 1919:

Großes Streich-Konzert

ausgeführt von den vereinigten Kapellen des Infant.-Regts. 21 und Feldartillerie-Regts. 81 unter persönl. Leitung des Obermusikmeisters Grünaberg.

Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf., Kinder 30 Pf.

Hochachtungsvoll
Gustav Behrend.

Artushof.

Sonnabend, den 1. Februar, abends 7½ Uhr:

Paul Knüpfer

Opern- und Kammersänger.

Eintrittskarten in beschränkter Anzahl noch zu haben.

Buchhandlung **Walter Lambeck**,
Elisabethstraße 20.

Guter Ton und feine Sitte.

Geschenkband M. 5,25, die Kunst des Gefallens 6,40, **Tanzlehrbuch** 3,35, **Klavierschule** 7,40, **Violinschule** 6,60, **Zeichenschule** 6,50, **Traumbuch** 2,65 Nachnahme.
L. Schwarz & Co., Verlag, **Berlin N. 182**, Dresdenerstraße 80.

Stadt-Theater

Sonntag, 26. Januar, nachm. 3 Uhr
Ermäßigte Preise!

„Die Fahrt in's Glück."

Abends 7¼ Uhr! Zum 5. Male

„Fürstenliebe".

Dienstag, 28. Januar, 7½ Uhr

„Der Weibsteufel".

Mittwoch, 29. Januar 7½ Uhr
Außer Abonnement! Neu einstudiert

„Das Dreimäderlhaus"

Grützmühlenteich

Eisbahn eröffnet

Max Wisniewski

Lämmchen

Variete und Cabaret
Gerechte-Straße 3

Anfang Punkt 6 Uhr.

Das hochinteressante

JANUAR-PROGRAMM

mit

A. Tumano komischer Fangkünstler.
B. Schmidt Grotesk-Komiker.
Luise Halcap Verwandlungs-Tänzerin.
A. Bemmchen Instrumental-Komiker.
Erna Hohenfels Vortrags-Künstlerin.
Ella Captive Humoristin u. Ansagerin.
Damen-Haus-Orchester Kapellmeister **B. Rupprecht**.

Sonntag, 26. Januar 1919:
2 Gr. Vorstellungen
Nachm. 4 Uhr Abds 7 Uhr.

Weindiele.

Versetzungshalber ist die Herrn Generalarzt Goßner bewoh[nte]

6 Zimmer-Wohnung

hochherrschaftlich mit Warmw[asser]heizung und reichlichem Zub[ehör] Mellienstraße 25 (nächste Nähe Stadt) per 1. 4 zu vermieten.

Friedrich Hecktor
Breitestraße 32 I — Telefon 6..

Großer

Laden

mit angrenzendem großem Zim[mer] und großem hellen Keller in le[bhafter] Geschäftsstraße, zu jedem Gesch[äft] passend, von sofort zu vermieten.

Julius Coh[n]
Schillerstraße 7, I.

Zwei junge Feldgrau[e]

.4 und 25 Jahre alt, suchen, hier fremd, auf diesem Wege gebildeten jungen schicken Da[men] in Verkehr zu treten. Spä[tere] Heirat nicht ausgeschlossen. [Zu]schriften mit Bild sind zu ri[chten] unter **W. K. 222** an die [Ge]schäftsstelle dieser Zeitung.

Goldene Brosche (?)

verloren von Baderstraße bis rechte Straße. Gegen Belohn[ung] abzugeben **Hohenfels**, Baderstr. II Treppen.

Teckelhündin

schwarz braun, auf den Na[men] **„Mausi"** hörend

abhanden gekommen.

Gegen Belohnung abzugeben b[ei]
L. Dammann & Kor[des]

Thorner Zeitung

Nr. 22. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Sonntag, 26. Januar 1919**

Das endgiltige Ende der Kleinstaaterei.

Mit einem Schlage macht der vom Staatssekretär Preuß vorgeschlagene Verfassungsentwurf, falls er von der Anfang Februar zusammentretenden Nationalversammlung angenommen wird, einem der ältesten und unheilvollsten Erbübel der Deutschen ein Ende. Nicht nur die einzelnen deutschen Teilstaaten, sondern auch das Reich haben ihre bisherige Form aus Erwägungen vornehmlich dynastischer Natur erhalten. Selbst die von Bismarck festgelegte Reichsverfassung von 1871 war aus der auswärtigen Politik Preußens hervorgegangen. Für seinen Schöpfer war auch der deutsche Reichstag nur Mittel zum Zweck, um die Stellung der einzelnen Obrigkeitsregierungen, und an ihrer Spitze die der preußischen Obrigkeitsregierung, in die veränderten Zeitverhältnisse hinüberzuretten. Noch mehr gilt das vom Bundesrat. Es ergab sich daraus von vornherein die überragende Rolle des preußischen Staates über die anderen Bundesstaaten. Schon durch das Schwergewicht seiner Bevölkerung von 40 Millionen, die nicht weniger als vier Siebentel aller Reichsdeutschen umfaßte, war der preußische Staat ein Staat im Staate, gegen den der Einfluß aller anderen Teilhaber am Bunde in völlige Hilflosigkeit versank. Auf der anderen Seite aber gab und gibt es noch immer im Reich eine ganze Anzahl von winzigen Staatswesen, von denen jedes mit einem eigenen Staatsoberhaupt und einer eigenen Volksvertretung beglückt war und im übrigen ganz Politik auf eigene Faust trieb. Der preußische Entwurf sieht nun das Aufgehen aller dieser Kleinstaaten in eine kleine Anzahl von mittelgroßen Republiken vor. Jedes Staatswesen unter 2 Millionen Menschen hat nach ihm das Recht auf eigene Existenz verwirkt. Nach einem dem Entwurf beigefügten Vorschlag, zerfällt das Reich im Vereine mit Deutsch-Oesterreich in etwa 16 territorial ziemlich gleichmäßige Republiken, von denen nur die beiden Großstädte Berlin und Wien reichsunmittelbare Distrikte bilden sollen. Der frühere preußische Staat wird in vier bis fünf Einzelstaaten geteilt, gemäß den besonderen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen seiner bisherigen Landesteile. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die innere Struktur und das innere Gleichgewicht des deutschen Gesamtstaates in nie geahnter Weise gestärkt werden muß. Auch der bisherige Gegensatz zwischen Nord und Süd, Ost und West wird dadurch wesenlos. Die Eifersüchteleien der Vergangenheit haben sich ja niemals gegen das Reich als solches, sondern immer nur gegen das bisher übermächtige Preußen gerichtet. Eine der Leitlinien des Entwurfs ist die Feststellung, daß die deutsche Republik nur die demokratische Selbstorganisation des deutschen Volkes als einer politischen Gesamtheit sein kann. Dafür wird so der beste und vielleicht einzig gangbare Weg gewiesen. Denn Demokratie heißt nicht nur Gleichberechtigung des Einzelnen, sondern auch des Einzelstaates im Gesamtstaat. Vollkommen demokratisch gedacht ist auch die vorgeschlagene Organisation der Reichsleitung und der Volksvertretungen. Nach amerikanischem Muster wird der Präsident direkt vom Volke gewählt und ernennt seinerseits den Reichskanzler und das Reichskabinett. Diese wiederum sind dem Reichstag verantwortlich, auf dessen Mehrheit sie sich stützen müssen. Anstelle des Bundesrats tritt ein Staatenhaus, anstelle des bisherigen Unterhauses ein Volkshaus. Das Volk selbst also ist in allem, befreit von alter Klassenherrschaft und vom Kleinstaaterei, die erste und die letzte maßgebende Instanz.

Der Bolschewismus in der russischen Schule.

Selbsterlebtes über die Umformungen, die die Bolschewisten in der russischen Schule vorgenommen haben, erzählt Oberlehrer Rodin im neuesten Heft der „Grenzboten". Der Verfasser hat längere Zeit unter der bolschewistischen Herrschaft an einem russischen Gymnasium gewirkt und die Verhältnisse genau kennen gelernt. Zunächst waren die Forderungen nur allgemeiner Natur; eine nähere Bestimmung fand erst allmählich statt. Sie begann damit, daß die Freiheit des Wortes und der Versammlungen auch den Schülern und Schülerinnen gewährt wurde. Zu diesem Zweck berief die Leitung des Lehrbezirkes eine Versammlung der Schüler ein. Die Schüler verlangten zunächst Beseitigung jeglicher Aufsicht seitens des Lehrerpersonals in den Zwischenstunden und Rauchfreiheit, sowohl auf der Straße als auch in den Räumen der Schule. Die gemäßigteren Schüler begnügten sich mit der Einräumung eines Rauchzimmers für die oberen Klassen. Ferner forderten sie die freie Wahl des Klassenordinarius, Entlassung unliebsamer Lehrer und Beeinflussung des Erziehungsprogramms. Jede Schule hielt nun ihre Schülerversammlungen ab, und bald waren die Wände der Klassen und Korridore mit den mannigfachsten Kundgebungen bedeckt. Kein Lehrer hatte das Recht, sich in dies Treiben einzumischen; in einem Gymnasium gingen sogar die Schüler so weit, daß sie vor den Eingängen zu ihren Versammlungsräumen regelrechte Posten mit Flinten und Revolvern aufstellten. Kein Wunder, daß in einem Gymnasium daraufhin die Lehrer streikten. Außer den Schülerversammlungen wurden aber nun auch Elternversammlungen einberufen, deren gewählte Vertreter das Recht erhielten, die Unterrichtsstunden zu besuchen. Diese Kontrolle der Eltern genügte aber noch nicht; sondern als Vertreter des Volkes wurden die Schuldiener zur Kontrolle herangezogen. Sie funktionierten gleichsam als „Schulräte"; ohne die Unterschrift von zwei Schuldienern durften den Lehrern keine Gehälter ausgezahlt werden; ebenso mußten die Urlaubsscheine der Lehrer durch die Schuldiener beglaubigt ein. In den Mädchengymnasien wurde die Leiterin der Schule durch eine Schuldienerin entsetzt, und an die Stelle der Klassendamen, die während des Unterrichts die Aufsicht führten, traten Aufwartefrauen. Schließlich wurden alle Lehrer durch ein Dekret zum 1. Juli entlassen. Die Neuanstellung erfolgte im Herbst 1918 auf Grund einer besonderen Wahl, bei der die Wählenden aus einem Vertreter des Kommissariats der Volksaufklärung, aus Vertretern der Stadt, des Arbeiter- und Soldatenrates, der Eltern und Schüler und der Schuldiener bestanden. Das Programm der Gymnasien wurde vollständig geändert. Die Religion wurde nicht nur vom Lehrplan abgesetzt, sondern als Unterrichtsfach direkt verboten. Latein und Griechisch wurden ganz beseitigt. In den modernen Sprachen ist der Unterricht eingeschränkt, es wird nur das Uebersetzen aus der fremden Sprache ins Russische gelehrt. Jeder Schüler soll die Wahl zwischen Deutsch, Französisch und Englisch haben. Für die russische Sprache wurde die neue Orthographie, die sog. „Bauernortographie", eingeführt. In der Geographie wird nur die Geographie Rußlands gelehrt; dagegen sollen in der Geschichte Rußlands die Ereignisse der Vergangenheit nur in allgemeinen Zügen besprochen, die ganze Aufmerksamkeit der russischen Revolution geschenkt werden. Auch die Geschichte der französischen Revolution ist eingehend zu behandeln. Der ganze Unterricht muß überhaupt sehr eingeschränkt werden, da die Kinder nicht mehr so lange wie bisher in der Schule festgehalten werden sollen. In den Gymnasien hat die oberste Klasse bereits zu existieren aufgehört; es sollen noch eine oder zwei Klassen gestrichen werden. Die neue Schule ist eine Einheitsschule. Den Uebergang zur Koedukation erzielte man dadurch, daß alle neueintretenden Mädchen in die entsprechenden Klassen der Knabenschulen, alle neueintretenden Knaben in die Mädchenschulen aufgenommen werden, so lange, bis die Zahl der Knaben und Mädchen in jeder Klasse die gleiche ist. Jede Beurteilung der Kenntnisse der Schüler durch Zensuren ist in der neuen Schule untersagt. Der Lehrer darf die Schüler nicht seinem Belieben durch Fragen beunruhigen oder ihre Nerven durch Klassenaufsätze erregen. Will ein Schüler gefragt sein, so meldet er es dem Lehrer vor der Stunde mit Angabe des Abschnittes des Faches, aus dem er gefragt zu werden wünscht. Und der Lehrer hat sich darnach zu richten. Die Versetzung findet auf Grund der allgemeinen Reife statt, wobei die Leistungen ungenügend sein können. Ueber die Versetzung entscheidet eine Abstimmung, bei der die Schüler stimmberechtigt sind. Die Schüler haben auch selbst zu entscheiden, welche Schule sie besuchen wollen; die Eltern haben kein Recht, ihren Kindern eine bestimmte Schule vorzuschreiben. Die Beaufsichtigung erfolgt durch Schüler, die von der ganzen Klasse gewählt werden.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 25. Januar.

Kriegsplauderei.

Wir haben uns zu früh gefreut. **Alle Meldungen** der neutralen Presse über die Aufhebung der Blockade haben sich als falsch erwiesen oder eilen doch zum mindesten den Ereignissen weit voraus. Die Entente denkt nicht daran, den psychischen und physischen Druck aufzuheben, mit dem sie das deutsche Volk niederhält. Vor allem kann sich Clemenceau mit dem Gedanken auch heute nicht vertraut machen, daß die deutschen Frauen und Kinder in dem Maße ihr tägliches Brot wiederfinden sollen, wie die ganze übrige Menschheit. Er hat die menschlichen und entgegenkommenden Bestrebungen der amerikanischen Regierung bisher immer zunichte zu machen gewußt. Die Verhandlungen sind bis zum heutigen Tage nur so weit gekommen, daß wir zu der einseitigen Verpflichtung gezwungen wurden, die deutschen Schiffe nicht nur für die eigene Lebensmittelversorgung, sondern auch für die der ganzen übrigen europäischen Welt zur Verfügung zu halten, daß wir die Bemannungen für diese Schiffe zu stellen haben, mit der schmählichen Klausel, daß die deutschen Matrosen unter der Aufsicht und Kontrolle fremder Seeleute zu fahren haben. Bereits hat der amerikanische Senat 100 Millionen Dollar für die Versorgung der anderen notleidenden europäischen Staaten bestimmt. Es scheint, als ob nach dem Willen der Ententeführer das deutsche Volk tatsächlich dem Hunger am längsten ausgesetzt bleiben soll, trotzdem die Beseitigung dieses Hungers gerade in Deutschland die wichtigste Vorbedingung für die Niederringung der bolschewistischen Ideen in Mitteleuropa darstellt. Daß die englische Hungerblockade dem Völkerrecht ins Gesicht schlägt, haben früher auch die Amerikaner sich festzustellen nicht gescheut. In einer Note des amerikanischen Botschafters in London vom 5. November 1915 an die Adresse des damaligen englischen Außenminister G r e y heißt es unter an-

---

Friedrich der Große als Vater der „Freiheit der Meere".

Präsident Wilson erscheint persönlich auf dem Friedenskongreß, um vor allem zwei völkerrechtliche Grundgedanken zu vertreten, für die er sich mit seiner ganzen Persönlichkeit eingesetzt hat: den Gedanken des Völkerbundes und den der Freiheit der Meere. Wenn man nun verfolgt, so findet man, daß diese beiden Hauptprinzipien des modernen Völkerrechts von Deutschen erdacht und zuerst verfochten worden sind. Der Völkerbundsgedanke erhielt nach mancherlei tastenden Versuchen anderer Denker seine weltgeschichtliche Ausprägung durch Kant, der ihn in seinem Buch vom ewigen Frieden unnachahmlich scharf umschrieben hat. Der Gedanke von der Freiheit der Meere aber hat zum Vater Friedrich den Großen. Diese Tatsache ist bei uns noch nicht genügend beachtet worden. Die Amerikaner aber, die diese von Friedrich dem Großen gefundene Formel durch mehr als ein Jahrhundert zur Forderung ihrer Politik gemacht haben, haben sich immer dankbar dieser Tat des großen Königs erinnert. So sagt z. B. der amerikanische Geschichtsforscher Johnson in seinem 1916 erschienenen Werk „America's Foreign Relations": „Es war Friedrich der Große, der erklärte, daß „nach dem Völkerrecht die Waren eines Feindes nicht von Bord der Schiffe eines Freundes fortgenommen werden können" Das war die erste autoritative Erklärung eines Prinzips, das zu einem der wichtigsten Grundsätze in Kriegszeiten geworden ist, nämlich des Grundsatzes, daß „freie Schiffe freie Waren machen." Es ist nie vergessen worden, daß wir die Aufstellung und Durchführung dieses Prinzips Friedrich dem Großen verdanken." Wie die Wilson nahestehende amerikanische Presse der letzten Zeit erkennen ließ, wird der Präsident für diesen von England während des Krieges in der brutalsten Weise verletzten Gedanken eintreten; er wird gegen den „britischen Navalismus" kämpfen, der die Welt mit schwererer Bedrückung und Knechtschaft bedroht als der nunmehr vernichtete „deutsche Militarismus". Wie wurde nun Friedrich der Große zum Vater dieses Gedankens der Freiheit der Meere? Wie trat er zu Amerika in ein Verhältnis, dessen man noch heute mit Dankbarkeit gedenkt? Als im letzten Jahrzehnt seiner Regierung jenseits des Weltenmeeres die neue Republik der Vereinigten Staaten entstand, suchte er mit seiner ebenso klugen wie vorsichtigen Politik sofort in Handelsbeziehungen zu dem neuen Staat zu treten. Während die Engländer sich den Amerikanern gegenüber feindlich verhielten, beeilte sich König Friedrich, mit ihnen Handelsbeziehungen anzuknüpfen, um preußische Tuche, Wollstoffe und Leinwand, Eisenwaren und Porzellan gegen Reis, Indigo und virginischen Tabak einzutauschen. Der äußere Ausdruck dieser rasch angeknüpften Beziehungen bildete der Freundschafts- und Schiffahrtsvertrag zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten, der am 10. September 1785 abgeschlossen wurde. Benjamin Franklin war es, der in Paris mit dem preußischen Gesandten unterhandelte, und die Unterschrift unter diesem Vertrag war der letzte Akt der großartigen diplomatischen Tätigkeit, die der Vertreter der jungen Republik in Europa entfaltet. Der preußisch-amerikanische Vertrag von 1785 ist deshalb so denkwürdig, weil er im bewußten Gegensatz zu der bisherigen Praxis zum ersten Mal die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See als Grundsatz aufstellt. Franklin hatte bereits bei seinen Verhandlungen mit England vorgeschlagen, daß die Seekaperei und der Krieg gegen unbewaffnete Menschen gänzlich aufgehoben, daß auch die Kontrebande nicht fortgenommen, sondern den Eigentümern abgekauft werde. Nur dafür sollte gesorgt werden, daß keine Waren dem Feinde zugeführt wurden. Während die Engländer aber diesen Gedanken entschieden abgelehnt hatten, trat Friedrich der Große von sich aus mit den gleichen Ideen in dem Vertrage hervor. Er erklärte, „daß der Krieg nicht zum Verderben des Einzelnen, sondern zu dem großen Endzweck geführt werden müsse, einen anständigen und dauerhaften Frieden zu erlangen. Daher sei die Seekaperei völlig abzuschaffen oder doch möglichst einzuschränken, und wenn zwei Mächte Krieg führten dürfe die dritte nicht darunter leiden. Daher habe keiner der kriegführenden Teile ein Recht, die Waren der Neutralen, wenn sie nicht zum unmittelbaren Kriegsgebrauch dienen oder in einen benachbarten Hafen gebracht werden sollen, aus einem feindlichen, freundlichen oder neutralen Schiffe wegzunehmen." Friedrich der Große war also der erste Herrscher, mit dem die Vereinigten Staaten einen Vertrag über die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See abschlossen. Für diesen Gedanken haben seitdem die amerikanischen Staatsmänner immer gefochten, ihn auch auf den Haager Konferenzen vertreten, und Wilson setzt also nur die beste Ueberlieferung der amerikanischen Staatskunst fort, wenn er als Vorkämpfer für die Freiheit der Meere auftritt.

Unsere Klassiker in Rußland.

Die deutsche Dichtung hat im 19. Jahrhundert tiefe Spuren im russischen Geistesleben hinterlassen. So ist z. B. der größte russische Dichter Dostojewski in seiner Jugend ein leidenschaftlicher Verehrer Schillers gewesen, und es gibt kaum ein Werk von ihm, in dem nicht Erinnerungen aus Schillers Werken zu finden sind. Der Einfluß unserer Klassiker aber hat sich nun in Rußland erst allmählich durchsetzen können, wie Prof. Paul Diels in einem Aufsatz der Internationalen Monatsschrift „Deutsche und russische Literatur in älterer Zeit" eingehend erörtert. Im 18. Jahrhundert war ja das französische Bildungselement im Zarenreiche allein maßgebend. Zu Puschkins Zeit wurde das Deutsche im Lyceum zu Sarskoje Selo nicht etwa in russischer, noch viel weniger in deutscher, sondern in französischer Sprache gelehrt. Um die deutsche Literatur kennen zu lernen, war also das russische Publikum zu Anfang des 19. Jahrhunderts noch ganz auf Uebersetzungen angewiesen, und da es russische Uebersetzungen von deutschen Werken nur in geringer Zahl gab, wurden die deutschen Dichtungen in französischen Uebersetzungen gelesen. Daß diese französischen Uebersetzungen nicht mustergültig waren und auch nicht das Beste des deutschen Schrifttums berücksichtigten, ist begreiflich, wenn man bedenkt, wie wenig sich auch die Franzosen um die deutsche Literatur damals kümmerten. Die Ritter- und Räuberromane der Spieß und Konsorten, die rührseligen Erzählungen Lafontaines und die handfesten Theaterstücke Kotzebues standen voran; neben ihnen wurden auch Geßner und Gellert in Rußland bekannt. Von Goethe war es fast nur der Welterfolg seines Werther, der seien Namen auch in Rußland bekannt machte und Schiller galt lange Zeit nur als der Schöpfer der „Räuber" und von „Kabale und Liebe". Erst spät wurden die Werke seiner Mannesjahre bekannt, und seine Dramen wurden erst in den 20er Jahren des 19. Jahrhunderts auf russischen Bühnen aufgeführt. In den 20er Jahren aber vollzog sich ein Wandel zum Besseren. Besonders war es die Zeitschrift „Moskauer Bote", die als Lobredner und Verbreiter der deutschen Literatur auftrat. Die Herausgeber Venevitinow und Michail Pogodin waren Männer, die ihre Aufgabe mit Bewußtsein und Sachkenntnis und dichterischem Gefühl lösten. Venevitinow bot eine schöne Auswahl von Goethes kleineren Gedichten in guter Uebersetzung und Pogodin den „Götz von Berlichingen". Ein anderer aus diesem Moskauer Kreise, Schevyrev, fand durch seine verständnisvolle Uebertragung aus dem Helenakt des zweiten Teil des „Faust" die Anerkennung Goethes selbst, der schrieb: „War es mir doch gewissermaßen unerwartet, in Bezug auf mich jene so zarten als tiefen Gefühle in dem entfernten Osten aufblühen zu sehen, wie sie kaum holder und anmutiger in den seit Jahrhunderten sich ausbildenden westlichen Ländern zu finden sein dürften." Nach diesen Vorläufern trat dann der eigentliche Vermittler unserer klassischen Dichtkunst in Rußland auf, Vasilij A. Shukovskij, von dem der große Kritiker Bjelinskij sagen konnte: „Dank ihm ist die deutsche Literatur bei uns wie zu Hause." Auch Shukovskij hat erst spät deutsch gelernt. Er erweiterte seine Kenntnisse während eines längeren Aufenthaltes in Dorpat, wo er mit deutscher Kultur in enge Berührung kam, lernte später Deutschland auf größeren Reisen kennen und hat die letzten zehn Jahre seines Lebens von 1841—1852 als Gatte einer deutschen Frau in Deutschland, meist in Düsseldorf, gewohnt, im regen Verkehr mit Vertretern deutscher Kunst und Dichtung. In seinen Uebersetzungen gab er Einiges aus Klopstocks „Messias", Bürgers „Leonore", etwas von Herder und Proben anderer deutscher Klassiker und Romantiker. Außer Schiller und Goethe hat er hauptsächlich Johann Peter Hebel und Uhland in Rußland bekannt gemacht. Seine Uebertragungen aus Schiller und Goethe, die sich besonders durch ihre große Treue auszeichnen, beginnen 1808 mit der Uebersetzung Schillerscher und Goethescher Gedichte und enden mit der Wiedergabe von Schillers erzählenden Gedichten, während die Uebertragung der „Jungfrau von Orleans" in der Mitte steht. Nur wenige spätere Uebersetzer, etwa Peter Weinberg und Michail Michailow, können mit ihm an Fruchtbarkeit und Können verglichen werden. In den 50er Jahren waren die Werke Schillers dem russischen Publikum ziemlich vollständig vorgelegt, die Goethes etwas später, und nun erst konnte ihr Einfluß recht beginnen.

derm: „Es liegt der Regierung der Vereinigten Staaten ob, der britischen Regierung anzukündigen, daß die Blockade . . . als rechtmäßige Blockade von den Vereinigten Staaten nicht anerkannt werden kann. Sie ist unwirksam, ungesetzlich, und nicht zu halten. . . Es ist von höchster Wichtigkeit für die Neutralen (Amerika war ja damals noch neutral), nicht allein der Gegenwart, sondern auch der Zukunft, daß die Grundrechte des Völkerrechts ungeschmälert aufrecht erhalten bleiben.“ Welche entsetzlichen Wirkungen die englische Blockade während des Krieges auf die Sterblichkeit in Deutschland, namentlich vom Herbst 1916 bis Ende 1918 gehabt hat, zeigt eine jetzt herausgekommene amtliche Statistik. Nach ihr sind mehr als **eine halbe Million Todesfälle** lediglich auf die Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen. Und was bei dieser Zahl noch furchtbarer ist: es handelt sich vor allem um Schwache, Frauen, alte Personen und Kinder, die dem durch England verursachten Nahrungsmittelmangel zum Opfer gefallen sind. Es liegt auf der Hand, daß sich die indirekten Folgen der mangelhaften Ernährung in ihrer ganzen Schwere u. a. auch erst in der erhöhten Sterblichkeit der nächsten Jahre deutlich zeigen werden. So sieht jenes England aus, das sich durch die Jahrhunderte als den Vorkämpfer der Humanität und der Menschenrechte ausgegeben hat. Jahre hindurch war es der Henker deutscher Frauen und Kinder und noch heute verzichtet es als Helfer Clemenceaus auf diese Rolle nicht, um einen Feind bis ins Mark zu schädigen, den es anders nicht zu besiegen gewußt.

* * *

Bereits vor einer Reihe von Tagen hat der Staatssekretär des Aeußeren, Graf **Brockdorff**-Rantzau, in einer Protestnote an die Entente den Beschluß der deutschen Reichsleitung verkündet, nunmehr endlich gegen die polnischen Uebergriffe in unserer Ostmark energisch und mit starken militärischen Kräften einzuschreiten. Meldungen von heute besagen, daß Hindenburg das Oberkommando über die zu diesen Operationen notwendigen Truppen übernehmen wird und daß in Pommern, Ost- und Westpreußen freiwillige Volkswehren im Entstehen begriffen sind, die mit den bereits heute im Osten befindlichen Truppen vereinigt werden sollen. Es scheint also doch, als ob die Regierung nun endlich zum entscheidenden Schlage ausholen will, bevor es dazu endgültig zu spät geworden ist. Kein Zweifel, wir befinden uns im Kriegszustand mit den Polen. Immer wieder sind von deutscher Seite Versuche gemacht worden, auf dem Wege von Verhandlungen zu einer friedlichen Schlichtung des polnisch-deutschen Gegensatzes und zur Befriedigung der beiderseitigen Ansprüche, soweit sie gerecht sind, zu gelangen. Wir haben die 14 Punkte Wilsons angenommen und ihre Grundsätze, was das Recht der einzelnen Völker auf Selbstbestimmung und Nationale Lebensbetätigung betrifft, zu unseren eigenen gemacht. Für uns ergibt sich daraus, daß alle jene Gebiete des deutschen Reiches, die von einer rein polnischen oder von einer überwältigenden polnischen Mehrheit bewohnt sind, das Recht haben, sich dem polnischen Staate anzuschließen. Nie kann sich aber daraus für uns das ergeben, was die Polen als ihr heiliges und unveräußerliches Recht in alle Winde rufen, nämlich die Freigabe großer Teile unserer Ostprovinzen, die nicht oder nur in geringem Maße polnisch bevölkert sind. Selbst die Drohung der Entente, Westpreußen und Posen zu besetzen, um uns zu verhindern, gegen die polnischen Ueberfälle und unserer Haut zu wehren, kann uns nicht schrecken. Immer wieder haben wir redlich und nur allzu redlich versucht, uns mit den Polen auf mittlerer Linie zu treffen. Aber mit den wachsenden Erfolgen und infolge der anfänglichen Gleichgültigkeit der dafür verantwortlichen Stellen ist den Polen der Kamm so geschwollen, daß sie es lieber weiter mit Vergewaltigung, Mord und Brand versuchen, als am grünen Tisch. Wenn wir trotzdem immer wieder der Warschauer Regierung die Hand zum Frieden zu reichen versuchen, zeigt das nur, daß von den beiden Gegenspielern wir es waren, die sich im Bewußtsein des Rechtes befanden. Auch der Entente müßte das längst klar geworden sein, wenn sie überhaupt klarsehen will. Auch ihre Führer haben in feierlichen Versicherungen, sich zu den 14 Punkten der amerikanischen Präsidenten bekannt. Soll da nun die ersehnte Welt des Rechtes und der Gerechtigkeit aufgerichtet werden, daß unsere Gegner damit beginnen, ihre vor allen Völkern gegebenen Eide zu Meineiden zu machen? Gewiß wird erst die Friedenskonferenz in Paris auch hier das letzte Wort zu sprechen haben. Trotzdem können wir auch heute unsere Sache im Osten nie so weit aufgeben, daß wir tatenlos zusehen, wie deutsches Land und deutsches Volk in polnische Sklaverei verfällt. Wenn wir uns wehren, so treibt uns dazu nicht Rauf- oder Rachsucht, wir müssen es einfach, **wir wären sonst nicht wert, Deutsche zu sein.**

* * *

Daß es trotz des Arbeitermangels immer noch eine große Anzahl Arbeitsloser gibt, ist eine bedauerliche Tatsache. Arbeitermangel und Arbeitslose — ein Widerspruch! Man frage unsere Hausbesitzer, ob sie nicht Arbeit haben, und sie werden ausnahmsweise kein Ende finden, uns aufzuzählen, daß der Tischler kommen müsse, um den Fußboden auszubessern, der Maler, um ihn zu streichen, daß auch viele Arbeiten für den Tapezierer, für den Klempner, den Schlosser, dringende Arbeiten für den Elektrotechniker usw. usw. Aehnliche Antworten erhalten wir, wenn wir einen Fabrikanten u. ganz besonders, wenn wir einen Landwirt fragen. Ueberall Arbeit in Hülle und Fülle. Aber die Arbeitskräfte melden sich nicht. Ich sage nicht, Arbeiter seien nicht vorhanden, denn sie sind da zahlreich, wahrscheinlich vollkommen ausreichend aber sie wollen nicht zu den alten, auch nicht zu nur etwas gesteigerten Friedenslöhnen arbeiten. Diese Löhne überlassen sie den geistigen Arbeitern und den Beamten, die sich mit mäßigen Teuerungszulagen begnügen müssen. Schriftsteller und Künstler erhalten noch nicht einmal diese, sondern sind froh, überhaupt Aufträge zu bekommen. Die Hausursache für die allgemeine Teuerung ist keineswegs der Mangel an Zufuhr aus dem Auslande, sondern die große Steigerung der Arbeitslöhne. Hier muß angefangen werden, um wenigstens annähernd wieder zu den gewohnten Preisen zurück zu kommen. Denn die Höhe der Löhne ist bei den meisten Erzeugnissen der Hauptgrund für die Preissteigerung. Der eine Keil treibt den anderen, und so ist es am richtigsten, mit der Beseitigung der Hauptursache zu beginnen. Es ist das für uns kein freies Belieben, sondern die Verhältnisse werden dazu zwingen, da unsere Arbeitgeber mit ihren Aufträgen zurückhalten. Denn diejenigen, die Arbeiten für ihren Privatbedarf aufzugeben haben, haben jahrelang sich gedulden und mit den mangelhaften Zuständen begnügen müssen, daß sie es auch noch einige Zeit können. Und die geschäftlichen Arbeitgeber können zu den hohen Löhnen nicht arbeiten lassen, weil sie die danach erforderlichen Preise von ihren Bestellern nicht erhalten, besonders deshalb nicht, weil die Konkurrenz, besonders auch die jetzt wieder bald auftretende ausländische Konkurrenz, das durchaus nicht zuläßt. Denn das Ausland hat uns die Preissteigerung nicht nachgemacht, wir erfahren vielmehr vom linken Rheinufer, daß dort die Arbeiter zu 60 Pfg. die Stunde zu arbeiten indirekt gezwungen werden und die deutsche Einführung des Achtstunden-Tages glattweg abgeschafft ist. Die Hoffnung der zurückkehrenden Krieger, in der Heimat jetzt zu höheren Löhnen als vor dem Kriege ihre Arbeit wieder aufnehmen zu können, ist ja erklärlich, als ein während des ganzen Krieges von ihnen gehegter Wunsch, der feste Wurzel überall geschlagen hat. Er wäre auch vielleicht zu geringem Teil in Erfüllung gegangen, wenn unsere Truppen als Sieger heimgekehrt wären. Aber bei jetziger Sachlage ist unsere Aufgabe, mehr und obendrein billiger zu produzieren, um neben unseren eigenen Kriegsschulden auch noch die außerordentlich hohen Schadenersatzforderungen für Belgien und Nordfrankreich zu erstatten, obwohl wir dort nichts getan haben, als wozu die Kriegsführung uns berechtigte.

— **Postpakete nach Schweden** werden von den Postanstalten wieder angenommen.

— **Die Leipziger Frühjahrsmesse verschoben?** Beim Messeamt für die Mustermesse in **Leipzig** geht man laut „Voss. Ztg.“ mit der Absicht um, die diesjährige Frühjahrsmesse, die für die Zeit vom 2. bis 8 März angesetzt war, bis Ende April zu verschieben.

Podgorz. **Schwer verletzt** wurde vor einigen Tagen ein Schulknabe, der eine auf der Straße gefundene Gewehrpatrone mit einem brennenden Streichholz berührte. Der Junge, der Verletzungen im Gesicht und an den Händen davongetragen hat, wurde in ärztliche Behandlung gegeben. — **Diebstahl.** Einem Soldaten von hier wurde aus dem Warteraum eines Thorner Arztes ein fast neuer Militärmantel entwendet.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 26. Januar 1919.

Altstädt. evangel. Kirche. Vormittag 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Jacobi. Vorm. 11½ Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Vormittag 10 Uhr: Gottesdienst für Schwerhörige im Konfirmandenzimmer Bäckerstraße 20. Herr Pfarrer Lic. Freytag. Nachm. 6 Uhr: Gottesdienst Herr Pfarrer Lic. Freytag. Kollekte zur Erneuerung des Innern der Kirche.

Neustädt. evangel. Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Superintendent Waubke. Kollekte für außerordentliche Notstände in der Provinz.

Garnisonkirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Divisionspfarrer Lic. Klingenburg. Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. Derselbe. Amtswoche: Herr Divisionspfarrer Lic. Klingenburg.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Arndt.

Evangelisch lutherische Kirche (Bachestraße). Vorm. 9½ Uhr: Predigt-Gottesdienst. Vorm. 10½ Uhr: Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr: Betstunde. Herr Pastor Wohlgemuth.

St. Georgenkirche. Vorm. 9½ Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Johst. Vorm. 11½ Uhr: Kinder-Gottesdienst. Derselbe. Nachm. 5 Uhr: Gottesdienst. Herr Pfarrer Heuer. Kollekte für die Armen der Gemeinde.

Gemeinschaft für entsch. Christentum, Baderstraße 28. Hof-Eingang. Evangelisations-Versammlungen jeden Sonn- und Feiertag nachmittags 4½ Uhr, Bibelstunden, jeden Dienstag u. Donnerstag abds.

Baptistengemeinde (Heppnerstraße). Vorm. 9½ Uhr: Gebetsstunde. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst Herr Prediger Weisser. Vorm. 11¼ Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Gottesdienst. Herr Pred. Weisser. Nachm. 5½ Uhr: Jugendverein. Vortrag: Geschichte der deutschen Baptisten.

Gemeinschaft innerhalb der Landeskirche. Evangelisationskapelle Culmer Vorstadt (am Bayerndenkmal). Früh 8½ Uhr: Gebetstunde. Nachmittag 2 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Nachm. 4½ Uhr: Evangelisations-Versammlung. Nachm. 6 Uhr: Jugendbund. — Von Montag den 27. bis Freitag den 31. Januar nachm. 4 Uhr und abends ¼8 Uhr Vorträge zur Vertiefung des Glaubenslebens. Redner Herr Prediger Stalder und Prediger Zimmermann.

Thorner ev.-Kirchl. Blaukreuz-Verein. Nachm. 3 Uhr: Versammlung in der Aula der Mädchen-Mittelschule, Gerechtestraße 4 (Eingang Gerstenstr.) Jedermann willkommen.

Christlicher Verein junger Männer, Tuchmacherstr. 1. Nachm. 4 Uhr: Versammlung.

Die Durchführung der menschlichen Ernährung innerhalb des Landkreises Thorn und in den Bedarfsgebieten macht die

schleunige Ablieferung der noch vorhandenen Vorräte an Getreide und Hülsenfrüchten,

soweit sie nicht zur Versorgung des eigenen Haushalts, zur Frühjahrsbestellung und zur Verfütterung (Hafer oder Gemenge aus Hafer mit Gerste, jedoch ohne Hülsenfrüchte) innerhalb der vorgeschriebenen Höchstverbrauchsmengen belassen werden dürfen, den landwirtschaftlichen Betrieben zur unbedingten Pflicht.

Als Endtermin für den Ausdrusch und für die Ablieferung der Früchte werden hiermit festgesetzt für landwirtschaftliche Betriebe mit einer Gesamtgröße

bis zu 200 Morgen der 15. Februar d. Js.,
von mehr als 200 Morgen der 28. Februar d. Js.

Bis zu diesem Endtermin muß der Ausdrusch des gesamten Getreides und der gesamten Hülsenfrüchte einschließlich Buchweizen und Hirse beendet und die Ablieferung der ablieferungspflichtigen Mengen für Rechnung des Kommunalverbandes an die Kommissionäre in Thorn und Culmsee erfolgt sein.

Vorräte, welche bis zu vorstehenden Terminen nicht ausgedroschen und abgeliefert worden sind, werden auf Kosten der betreffenden Besitzer, auf ihrem Grund und Boden, in ihren Wirtschaftsräumen und mit den Mitteln ihres Betriebes zwangsweise durch einen Dritten oder durch Dreschkolonnen ausgedroschen und abgeliefert werden.

Vorräte, welche verheimlicht worden sind, werden gemäß § 72 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 ohne Zahlung einer Entschädigung für verfallen erklärt und sofort abgenommen werden.

Wer der ihm obliegenden Verpflichtung zur Verwahrung und pfleglichen Behandlung der Vorräte zuwiderhandelt oder den Ausdrusch und die Ablieferung der Vorräte bis zum Ablauf der festgesetzten Termine (15 bzw. 28 Februar d. Js.) unterläßt, wird gemäß § 80 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Thorn, den 23. Januar 1919.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat.
Hinze.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
Kleemann.

Milchkarten-Ausgabe.

Die Milchkarten für Januar 1919 sind von Mittwoch, den 29 Januar, ab in der Zeit von 8 bis 3 Uhr im Verteilungsamt II, Brückenstraße 13, Zimmer 1, abzuholen.

Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ablieferung des Mittelstückes der alten Milchkarte:

Am Mittwoch an die Inhaber der blauen und roten Lebensmittelkarten,

am Donnerstag an die Inhaber der gelben und grünen Lebensmittelkarten,

am Freitag an die Inhaber der grauen und braunen Lebensmittelkarten,

am Sonnabend findet die Ausgabe an diejenigen statt, die an den anderen Tagen behindert gewesen sind.

Am Sonntag, den 2 Februar, wird die Milchkartenausgabe in der Zeit von 11—1 Uhr geöffnet sein.

Der Brotkartenausweis und die Mittelstücke der alten Milchkarten sind mitzubringen.

Während der Milchkartenausgabe werden Neuanmeldungen und Berichtigungen von Unstimmigkeiten im Verteilungsamt II nur in Zimmer 2 entgegengenommen.

Thorn, den 26. Januar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Petroleummarkenausgabe an Haushalte für Monat Februar 1919.

Auf Grund der Anordnung des Magistrats Thorn vom 2 Dezember 1915 betreffend die Regelung der Petroleumversorgung wird folgendes bestimmt.

§ 1.

Haushalte, die weder Gas noch elektrische Beleuchtung besitzen, erhalten für Februar 1919 2 Liter Petroleum. Zum Empfang der Petroleummarken in den im § 2 bezeichneten Ausgabestellen ist der grüne Petroleumbezugsausweis vorzulegen, in dem die Abholung der Marken vermerkt wird.

Petroleum dürfen die Inhaber von Petroleumbezugsausweisen nur bei denjenigen Petroleumhändlern abfordern, bei denen sie in die Kundenliste eingetragen sind, auf Marke 2 erst vom 15 Februar 1919 ab.

Ausnahmsweise können Petroleummarken diesmal auch von Heimarbeitern und Landwirten über je 1 Liter auf den gelben Petroleumbezugsausweis im Verteilungsamt I, Culmerstr 16, Zimmer 3 abgefordert werden. Ferner können diesmal auch Haushalte, die Gaslicht oder elektrisches Licht haben, ausnahmsweise eine Halbliter-Marke gegen Vorlegung des neuen Brotkartenausweises in den im § 2 bezeichneten Ausgabestellen abfordern.

Verkäufer des Petroleums für diese Haushalte und für Heimarbeiter und Landwirte sind:

Firma **Bartel**, Leibitscherstraße 48,
" **Hohmann**, Graudenzerstraße 42,
" **Neumann**, Culmerstraße 36,
" **Seidel**, Friedrichstraße 14
" **Schröder**, Mellienstraße 95,
" **Szyminski**, Windstraße,
" **Tomaszewski**, Fischerstraße 57,
" **Polzin** (E. . z), Altstädt. Markt 3,
" **Murzynski**, Gerechtestraße,
" **Franz Kruner**, Lindenstraße 12.

§ 2.

Die Ausgabe der Petroleummarken an Haushalte findet von Montag, den 27 Januar bis Sonnabend, den 1. Februar 1919, von vormittags 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags in folgenden Ausgabestellen statt:

1) Verteilungsamt I Culmerstraße 16, Zimmer 7,
2) Verteilungsamt II, Brückenstraße 13, " 2,
3) Runer, Graudenzerstraße 85 (Eingang zum Saal von der Bergstraße aus),
4) Polizeiwache Thorn-Mocker, Lindenstraße 24,
5) Jakobs-Vorstadt, Leibitscherstraße 54, Gasthaus Drenikow,
6) Ackermann, Mellienstraße 3, Eingang Glacisstraße (Roter Weg.)

§ 3.

Die Abrechnung über die Petroleummarken hat am Mittwoch jeder Woche stattzufinden.

§ 4.

Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen der vorgenannten Anordnung.

Thorn, den 25 Januar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Kameraden, Arbeiter und Arbeiterinnen! Bürger, Bauern, Hausfrauen und Mädchen!

Die gegnerischen Werber umschwärmen Euch.
Vor der Wahl fließen ihre Worte wie Honigseim, aber **nach** der Wahl?
Denkt daran, was diese Betrüger für Euch übrig hatten **vor** und **während** dem Kriege.
Laßt Euch die Erfolge der Revolution nicht rauben,

wählt am 26. Januar die Liste der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Richtung: Ebert — Scheidemann.

Achtung! Unser Stimmzettel beginnt mit dem Namen

Wende, Richard, Stadtrat Bromberg

Stimmzettel sind abzuholen Neustädtischer Markt 21.

Die Hungerblockade der Feinde Deutschlands hat infolge der ungenügenden Ernährung eines großen Teiles der Bevölkerung die Sterblichkeit stark gesteigert. Besonders groß ist sie bei den Säuglingen.

Da die Rüstungsindustrie abgebaut wird und somit eine Verwendung der aus den Hausschlachtungen abzuliefernden Speck- und Fettmengen für ihre Arbeiter nicht mehr in Frage kommt, hat der Herr Staatssekretär des Reichsernährungsamts bestimmt, daß anstelle der Rüstungs-, Schwer- und Schwerstarbeiter

die heranwachsenden Kinder, die werdenden und stillenden Mütter, die Kranken und sonstigen notleidenden Teile der Bevölkerung, insbesondere in dichtbevölkerten Gebieten

aus den gesammelten Speck- und Fettmengen vorzugsweise versorgt werden sollen.

Selbstversorger! Liefert aus den Hausschlachtungen nicht nur die nach § 11 Abs. 2 und 3 der Verordnung des Herrn Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1917 R.-G.-Bl. S. 949 bestimmten Mengen an Speck oder Fett an die zuständige Sammelstelle des Kreises ab, gebt auch über die Pflichtmenge

freiwillig

an die Sammelstelle ab. Ihr helft dadurch für die bessere Ernährung der heranwachsenden Kinder, der werdenden und stillenden Mütter, der Kranken und sonstigen notleidenden Teile der Bevölkerung sorgen und das durch den Krieg so schwer heimgesuchte Vaterland wieder aufbauen. Deshalb gebt nicht allein

freiwillig,

sondern auch

reichlich.

Auch für jede freiwillige Gabe erfolgt Bezahlung durch den Kommunalverband nach den bekannten Sätzen.

Die aus den Hausschlachtungen entfallenden Mengen an Speck und Fett verteilt der Herr Oberpräsident der Provinz Westpreußen an die Kommunalverbände der Provinz, die für die Abgabe an die Empfangsberechtigten sorgen werden.

Danzig, den 17. Januar 1919.
Tgb. Z. 149/19.

Provinzial-Fleischstelle für die Provinz Westpreußen.

Ausgabe der Kranken-Zusatzmarken.

Die den Kranken auf Grund ärztlicher Atteste bewilligten Zusatzmarken liegen im **Verteilungsamt II, Brückenstraße 13, Zimmer 1**, in der Zeit von:

Mittwoch, den 29. bis einschl. Freitag, den 31. Januar, zum Abholen bereit.

Kranke, die 5 Tage vor Monatsschluß keine Benachrichtigung über die Weiterbewilligung der Zusatznahrungsmittel erhalten haben, müssen ein neues Attest beibringen, wenn sie weitere Zuteilungen unbedingt benötigen.

Die Abfertigung erfolgt **nur** gegen Vorzeigung der Benachrichtigungskarte.

Milchbezieher müssen **außerdem die Mittelstücke der alten Milchkarten abliefern.**

Während der vorstehend angegebenen Zeit werden Berichtigungen von Unstimmigkeiten im Verteilungsamt II nur in Zimmer 2 angenommen.

Thorn, den 26. Januar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Sozialdemokraten auf dem Lande!

versorgt Euch mit

Stimmzetteln der sozialdemokratischen Partei

zur Wahl der preußischen Landesversammlung

am 26. Januar 1919.

Der **sozialdemokratische Stimmzettel** beginnt mit dem Namen

Richard Wende

Stadtrat, Bromberg.

Stimmzettel sind in der **Geschäftsstelle Thorn**, Neust. Markt 21, Gouverneursgebäude, 1 Treppe, zu haben.

Der Parteivorstand.

Deutschnationaler Volksverein

Stadt- und Landkreis Thorn.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 26. Januar, abends 8 Uhr

im weißen Saale des Artushofes.

Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Deutscher Offizierbund

Ortsgruppe Thorn.

Am Mittwoch, den 29. Januar, 5 Uhr nachm.

im Artushof:

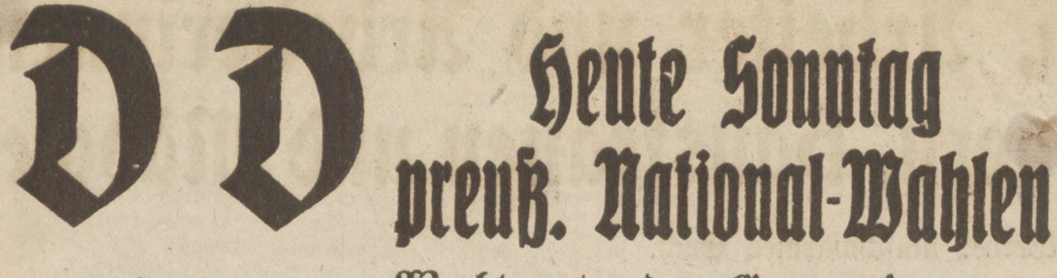
Vollversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des vorläufigen Arbeitsausschusses über die bisherige Tätigkeit desselben, über Zwecke und Ziele des Bundes.
2. Aussprache.
3. Wahl des endgültigen Arbeitsausschusses.

Es ist Pflicht jedes in Thorn weilenden Offiziers und der Offiziers-Angehörigen, durch ihr Erscheinen bei dieser Versammlung ihr volles Verständnis für die brennenden wirtschaftlichen Fragen des Offizierstandes zu bekunden.

Der Vorsitzende des vorläufigen Arbeitsausschusses:
Oberstleutnant Klein.



D D P

Heute Sonntag preuß. National-Wahlen!

Werbt unter den Gegnern!
Holt die Säumigen!
Gewinnt die Schwankenden!
Für freie Religionsübung!
Gegen Trennung von Staat u. Kirche!
Für lehrplanmäß. Religionsunterricht!
Gegen geistliche Schulaufsicht!

Die demokratische Liste beginnt mit

Schmiljan.

Demokratische Wähler!

Am Abend vor der Wahl zur Nationalversammlung erschien in Danzig ein Flugblatt mit der Aufforderung: „Wählt die Liste

Gehl oder Weinhausen!“

Die „Danziger Zeitung“ schreibt am 21. Januar cr. zum Ausfall der Wahlen: Für die Bildung einer regierungsfähigen Mehrheit aus Mehrheitssozialisten und Demokraten sei es ‚höchst erfreulich, daß sich die Mehrheitssozialisten den Löwenanteil gesichert‘ hätten.

Wer also demokratisch wählt — hilft den Sozialdemokraten!

Wollt Ihr darum am 26. Januar nicht lieber die **deutschnationale Liste**

Weissermel, Reinhard

wählen?

Deutschnationale Wähler.

Die „Danziger Zeitung“ hatte nach den Wahlen zur Nationalversammlung ihre Befriedigung darüber geäußert, daß sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei die Mehrheitssozialisten gegenüber den Unabhängigen den Löwenanteil gesichert haben. Ein namenloser Aufruf entstellt den Sinn in der Weise, als hätte sich das demokratische Blatt über die große Zahl der sozialdemokratischen Mandate gefreut und fordert daraufhin zur Unterstützung der deutschnationalen Liste auf. Wer zu solchen Mitteln Zuflucht nimmt, hat kein Vertrauen zu seiner eigenen Sache. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben bewiesen:

Es steht faul um die deutschnationale Partei.

Wollt Ihr darum nicht lieber **am 26. Januar**

☛ demokratisch wählen ☚

nämlich:

Schmiljan-Moritz

Aufruf an das selbständige Handwerk der Kreise Thorn, Briesen und Strasburg.

Handwerkerkollegen!

Euer Schicksal liegt in Eurer Hand!

Wir wollen uns nicht in Parteipolitik zersplittern, sondern praktische Handwerkerpolitik treiben.

Sehen Sie sich die Stimmzettel sämtlicher Parteien an. Wie tief unten stehen da die Handwerksmeister als Kandidaten. Niemals ist da Aussicht vorhanden, einen Handwerkskollegen durchzubekommen.

Nur der Stimmzettel Weissermel-Reinhard bürgt dafür

daß unser Kammervorsitzender, Herr Schlossermeister **Hache-Graudenz** als **Dritter** Aussicht hat, in die preußische Landesversammlung als Kandidat der Handwerker einzuziehen,

wenn das ganze selbständige Handwerk hinter ihm steht.

Kein anderer kann die Leiden und Wünsche des Handwerks in der preußischen Landesversammlung so vertreten, **wie ein Handwerkskollege.**

Wollt Ihr, daß wir alle einig und geschlossen vorgehen? Dann

stimmt am Sonntag, d. 26 Januar, für den Stimmzettel

Weißermel-Reinhard

dann wird Westpreußen wenigstens einen Handwerker in das Preußen-Parlament senden.

Thorn, den 23. Januar 1919.

Doehn. Gerdom. Schütze. Rudolf Thomas. Schliebener.

Deutschnationale Volkspartei.

Unser

Stimmzettel für die Preussische Landesversammlung

trägt an der Spitze die Namen

1. Geheimer Regierungsrat **Franz Weissermel**, Konitz
2. Generalsuperintendent **Dr. Wilhelm Reinhard**, Danzig

usw.

Preußische Wähler und Wählerinnen, Eure Liste heißt

Weissermel-Reinhard!

Christliche Volksgenossen!

Wollt Ihr eintreten für
Euer Christentum, für Wahrheit, Freiheit u. Recht?

Dann wählt die

Liste der Zentrumspartei

Der **richtige Stimmzettel** beginnt **jetzt** mit dem Namen:

Behrendt, Joseph, Mittelschullehrer Danzig.